

Einladung

zur 50. Sitzung des Stadtbezirksrates Linden-Limmer am
Mittwoch, 12. Oktober 2011, 19.00 Uhr,
Freizeitheim Linden, Windheimstr. 4

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 07.09.2011
- gesondert übersandt -
3. S A N I E R U N G
- 3.1. Bericht aus der Sanierungskommission
4. V E R W A L T U N G S V O R L A G E N
- 4.1. Zuwendung zur Förderung des Vereinssportstättenbaus an den TSV Victoria Linden e.V.
(Drucks. Nr. 15-1825/2011)
- Entscheidung -
- 4.2. Umbau der Franz-Nause-Straße zwischen Zimmermannstraße und Wunstorfer Straße
(Drucks. Nr. 1418/2011 N1 mit 1 Anlage)
- Entscheidung zu Ziffer 1 -
- Anhörung zu Ziffer 2 -
5. A N T R Ä G E
- 5.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und ASH
- 5.1.1. Sozialpädagoge mit türkischem Migrationshintergrund für die IGS Linden
(Drucks. Nr. 15-1914/2011)
- 5.2. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU
- 5.2.1. Möblierung des Stadtplatzes Tegtmeyers Hof
(Drucks. Nr. 15-1915/2011)
- 5.3. der SPD-Fraktion

- 5.3.1. Verkehrssituation Ecke Brauhofstraße / Badenstedter Straße
(Drucks. Nr. 15-1913/2011)
- 5.4. der ASH-Fraktion
- 5.4.1. Linden-Limmer-Linie
(Drucks. Nr. 15-1917/2011)
- 5.5. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 5.5.1. Resolution des Stadtbezirksrates Linden-Limmer gegen Rassismus und
Ausländerfeindlichkeit für einen toleranten und weltoffenen Stadtteil
(Drucks. Nr. 15-1919/2011)
- 6. EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates
(Interfraktionelle bzw. Gemeinsame Anträge)
- werden ggf. nachgereicht -
- 7. A N F R A G E N
- 7.1. der SPD-Fraktion
- 7.1.1. Schulischer Schwimmunterricht in städtischen Bädern
(Drucks. Nr. 15-1912/2011)
- 7.2. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 7.2.1. Neue Planungen der Wasserstadt Limmer auf dem Conti Parkplatz
(Drucks. Nr. 15-1918/2011 mit 1 Anlage)
- 8. Informationen über Bauvorhaben
- 9. Bericht des Stadtbezirksmanagements
- 10. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE gegen 20.00 Uhr
nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes
- 11. Verabschiedung der ausscheidenden Bezirksratsmitglieder

K n o k e
Bezirksbürgermeisterin

NIEDERSCHRIFT

50. Sitzung des Stadtbezirksrates Linden-Limmer am Mittwoch, 12. Oktober 2011,
Freizeitheim Linden, Windheimstr. 4

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.10 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Bezirksbürgermeisterin Knoke	(SPD)	
Stellv. Bezirksbürgermeister Grube	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsfrau Bolzek	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsherr Deppe	(CDU)	
Bezirksratsherr Dohrmann	(SPD)	
Bezirksratsherr Drömer	(SPD)	
Bezirksratsherr Eggers	(CDU)	
Bezirksratsherr Grenner	(DIE LINKE.)	
Bezirksratsherr Hadasch	(ASH)	
Bezirksratsherr Horstmann	(SPD)	
Bezirksratsfrau Kleinhüchelkotten	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsherr Knoke	(SPD)	
Bezirksratsherr Kuntze	(FDP)	
Bezirksratsfrau Lemke	(SPD)	19.05 - 20.10 Uhr
(Bezirksratsfrau Otte)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
(Bezirksratsfrau Rose)	(ASH)	
Bezirksratsherr Schimke	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsfrau Schlätel	(SPD)	
Bezirksratsfrau Schweingel	(SPD)	
Bezirksratsfrau Steingrube	(CDU)	
Bezirksratsherr Zieleke	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Beratende Mitglieder:

(Beigeordnete Kastning)	(SPD)
(Ratsherr List)	(DIE LINKE.)
Ratsherr Mineur	(SPD)
(Ratsherr Nikoleit)	
(Beigeordneter Schlieckau)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Beigeordneter Seidel)	(CDU)
(Ratsfrau Wagemann)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verwaltung:

Frau Sufin (Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste)
Herr Wescher (Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste)
Frau Winters (Fachbereich Planen und Stadtentwicklung)

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 07.09.2011
3. S A N I E R U N G
 - 3.1. Bericht aus der Sanierungskommission
4. V E R W A L T U N G S V O R L A G E N
 - 4.1. Zuwendung zur Förderung des Vereinssportstättenbaus an den TSV Victoria Linden e.V. (Drucks. Nr. 15-1825/2011)
 - 4.2. Umbau der Franz-Nause-Straße zwischen Zimmermannstraße und Wunstorfer Straße (Drucks. Nr. 1418/2011 N1 mit 1 Anlage)
5. A N T R Ä G E
 - 5.1. der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und ASH
 - 5.1.1. Sozialpädagoge mit türkischem Migrationshintergrund für die IGS Linden (Drucks. Nr. 15-1914/2011)
 - 5.1.1.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, ASH und von Bezirksratherrn Grenner (DIE LINKE.) Sozialpädagoge mit türkischem Migrationshintergrund für die IGS Linden (Drucks. Nr. 15-1914/2011 N1)
 - 5.2. der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU
 - 5.2.1. Möblierung des Stadtplatzes Tegtmeyers Hof (Drucks. Nr. 15-1915/2011)
 - 5.3. der SPD-Fraktion
 - 5.3.1. Verkehrssituation Ecke Brauhofstraße / Badenstedter Straße (Drucks. Nr. 15-1913/2011)
 - 5.4. der ASH-Fraktion
 - 5.4.1. Linden-Limmer-Linie (Drucks. Nr. 15-1917/2011)

- 5.5. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 5.5.1. Resolution des Stadtbezirksrates Linden-Limmer gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit für einen toleranten und weltoffenen Stadtteil (Drucks. Nr. 15-1919/2011)
- 6. EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates (Interfraktionelle bzw. Gemeinsame Anträge)
- 6.1. Zuwendungen aus den Eigenen Mitteln des Stadtbezirksrates Linden-Limmer (Drucks. Nr. 15-1949/2011)
- 7. A N F R A G E N
- 7.1. der SPD-Fraktion
- 7.1.1. Schulischer Schwimmunterricht in städtischen Bädern (Drucks. Nr. 15-1912/2011)
- 7.2. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 7.2.1. Neue Planungen der Wasserstadt Limmer auf dem Conti Parkplatz (Drucks. Nr. 15-1918/2011 mit 1 Anlage)
- 8. Informationen über Bauvorhaben
- 9. Bericht des Stadtbezirksmanagements
- 10. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE gegen 20.00 Uhr nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes
- 11. Verabschiedung der ausscheidenden Bezirksratsmitglieder

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Bezirksbürgermeisterin Knoke eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie Beschlussfähigkeit fest. Sie erwähnte, dass heute die 50. und letzte Sitzung in der VI. Wahlperiode stattfindet.

Änderungswünsche zur Tagesordnung gab es auf Nachfrage von **Bezirksbürgermeisterin Knoke** nicht. Die Tagesordnung wurde daraufhin einstimmig bestätigt.

TOP 2.

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 07.09.2011

Die Niederschrift vom 07.09.2011 wurde einstimmig genehmigt.

TOP 3. S A N I E R U N G

TOP 3.1. Bericht aus der Sanierungskommission

Ratsherr Mineur berichtete aus der Sitzung der Sanierungskommission (SK) am 26.09.2011, dass sich diese mit der auch heute auf der Tagesordnung des Bezirkrates stehenden Drucksache zum Thema - Umbau der Franz-Nause-Straße zwischen Zimmermannstraße und Wunstorfer Straße - beschäftigt habe. Die SK habe der Verwaltungsdrucksache nach geführter Diskussion einstimmig zugestimmt. Es sei bemängelt worden, dass die verkehrliche Situation in der Drucksache nicht ausreichend darstellt werde. **Ratsherr Mineur** erläuterte im Folgenden die zukünftige Verkehrsführung. Er stellte dar, welche Zu- und Abfahrtswege nach dem Ausbau der Straße entstehen werden. Er erwähnte weiter, dass durch Mitglieder der Kommission kritisiert worden sei, dass die Drucksache keine Angaben zu der gewünschten Ampelanlage an der Kreuzung Franz-Nause-Straße / Wunstorfer Straße erkennen ließe. Ein Mitarbeiter der Verwaltung habe daraufhin erläutert, dass die Ampelanlage außerhalb der zur Abstimmung stehenden baulichen Maßnahmen liegen würde und es wurde eine Vorstellung der Planung zu einem späteren Zeitpunkt in der Kommission in Aussicht gestellt. Aus dem Publikum sei kritisch hinterfragt worden, ob gewährleistet sei, dass auch nach dem Umbau ein Fahrzeug mit Anhänger die Straße befahren und insbesondere auch um die Kurve fahren könne. Diese Bedenken seien von einem Mitarbeiter der Verwaltung ausgeräumt worden. **Ratsherr Mineur** informierte, dass eine abschließende Planung für den Zufahrtsbereich jedoch noch ausstehe. Ferner habe sich die SK mit einer Anfrage zum Thema „Sachstandsbericht Wasserstadt Limmer“ beschäftigt. Bemängelt worden sei, dass über den Zeitraum von einem Jahr keine Vorstellung der Planungen in der SK bzw. eine Bürgerbeteiligung erfolgt seien. Die Verwaltung habe daraufhin mitgeteilt, dass die Ergebnisse der geführten Gespräche des vergangenen Jahres voraussichtlich in den nächsten zwei Monaten vorgelegt würden. Auch die Vorlage eines Entwurfes eines Bebauungsplanes sei angekündigt worden. Darüber hinaus habe es im Rahmen der Sitzung der SK eine Information zum Thema Stichweh Leinepark / Schwanenburg gegeben. **Ratsherr Mineur** berichtete diesbezüglich, dass derzeit die Polizei die Räumlichkeiten beziehe. Zudem sprach er den Quartiersfonds an und sagte, dass zwei Anträgen entsprochen worden sei. Zum einen erhalte die Migranten-Gemeinschaft / Toplumsal Birlik e.V. und zum anderen das Familienzentrum St. Nikolai eine Förderung. **Ratsherr Mineur** erwähnte schließlich, dass der in der SK angeregte Antrag zum Thema „Möbliering des Stadtplatzes Tegtmeyers Hof“ heute auf der Tagesordnung des Bezirkrates stehe. **Ratsherr Mineur** zeigte sich darüber erfreut und wünschte sich, dass der Antrag später in der Sitzung beschlossen werde.

**TOP 4.
VERWALTUNGSVORLAGEN**

TOP 4.1.

**Zuwendung zur Förderung des Vereinssportstättenbaus an den
TSV Victoria Linden e.V.
(Drucks. Nr. 15-1825/2011)**

Antrag,

zu beschließen, dem TSV Victoria e.V. für die Sanierung der Duschräume in seinem Vereinshaus eine Zuwendung zur Förderung des Vereinssportstättenbaus in Höhe von

8.000,00 €

zu bewilligen.

Mittel zur Deckung dieses Betrages stehen im Ergebnishaushalt 2011 im
Produkt 42101 Sportförderung
Kostenstelle 55115520 Vereinssportanlagen
Finanzposition 73180000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche
zur Verfügung.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte die Drucksache zur Abstimmung.

Einstimmig

In die Verwaltung (52)

TOP 4.2.

**Umbau der Franz-Nause-Straße zwischen Zimmermannstraße und
Wunstorfer Straße
(Drucks. Nr. 1418/2011 N1 mit 1 Anlage)**

Antrag,

1. dem Umbau der Franz-Nause-Straße Straße zwischen Zimmermannstraße und Wunstorfer Straße, wie in Anlage 1 dargestellt zuzustimmen.

- Entscheidungsrecht des Stadtbezirksrates gemäß § 55 Abs.1 NGO i.V. mit § 9 Abs.1 Nr.2d der Hauptsatzung

2. dem Baubeginn sowie der Mittelfreigabe zuzustimmen

- Anhörungsrecht des Stadtbezirksrates gem. § 55c Abs. 3 Ziffer 4, NGO i.V. mit § 10 Abs. 1 Ziffer 4 der Hauptsatzung
- Entscheidungsrecht des Verwaltungsausschusses gemäß § 57 Abs. 2 NGO.

Die Maßnahme steht unter dem generellen Finanzierungsvorbehalt.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzhaushalt	
Investitionsmaßnahme	I.51106.004.2
Bezeichnung	Sanierung Limmer-Ost / Franz-Nause-Straße
Finanzplanung 2012	480.000 €
Finanzplanung 2013	50.000 €

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte die Drucksache zur Abstimmung.

Einstimmig
In die Verwaltung (66) und in die Ratsgremien

TOP 5. A N T R Ä G E

**TOP 5.1.
der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und ASH**

**TOP 5.1.1.
Sozialpädagoge mit türkischem Migrationshintergrund für die IGS Linden
(Drucks. Nr. 15-1914/2011)**

**TOP 5.1.1.1.
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, ASH und
von Bezirksratsherrn Grenner (DIE LINKE.)
Sozialpädagoge mit türkischem Migrationshintergrund für die
IGS Linden
(Drucks. Nr. 15-1914/2011 N1)**

Bezirksbürgermeisterin Knoke informierte, dass sich dem Antrag auch Bezirksratsherr Grenner (DIE LINKE.) angeschlossen habe und es sich nunmehr um einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, ASH und von Bezirksratsherrn Grenner (DIE LINKE.) handele - Drucks.-Nr. 15-1914/2011 N1 -.

Bezirksratsherr Horstmann stellte den Antrag vor.

Antrag,
die Verwaltung wird gebeten,
aus den von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Sondermitteln für Schulsozialarbeit der IGS-Linden Mittel für die Beschäftigung eines Sozialpädagogen mit türkischem Migrationshintergrund zu übertragen. Damit soll die vorhandene schulische Sozialarbeit besonders für die an der IGS große Gruppe der männlichen Jugendlichen mit türkischem Hintergrund intensiviert werden, wodurch die Chancen auf schulischen Erfolg und soziale Integration dieser Jugendlichen verbessert werden können.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte den Antrag zur Abstimmung.

Einstimmig
In die Verwaltung (51)

TOP 5.2.
der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU

TOP 5.2.1.
Möblierung des Stadtplatzes Tegmeyers Hof
(Drucks. Nr. 15-1915/2011)

Bezirksratsfrau Schweingel stellte den Antrag vor.

Antrag,
die Verwaltung wird gebeten,
bei der Möblierung des neu gestalteten Stadtplatzes Tegmeyers Hof die Anregungen des
AK Stadtentwicklung Limmer, die auch von der Sanierungskommission Limmer am
26.9.2011 übernommen wurden, zu berücksichtigen.
1. sind zwei Bänke vis-à-vis auf der Rasenfläche zu platzieren.
2. wird die Sitzgruppe mit Tisch und vier Sitzen erhalten.
3. soll die Zahl der Fahrradbügel an den Randbereichen des Platzes reduziert werden.

Bezirksratsfrau Schweingel ergänzte, dass in der letzten Sitzung der
Sanierungskommission die soeben genannten Vorschläge diskutiert worden seien. Mit den
Anregungen sei den Vorschlägen der Verwaltung deutlich widersprochen worden. Sie
räumte ein, dass der Vorschlag der Verwaltung in Bezug auf die Ausstattung des Platzes
mit Bänken und deren Anordnung heutzutage aus ästhetischen Gesichtspunkten heraus „in“
sei; sie bezeichnete jedoch die diesbezüglichen Vorschläge der Verwaltung als
unkommunikativ und diese würden der Nutzung des Platzes widersprechen. In der
Sanierungskommission sei kein Antrag gestellt, sondern vielmehr ein einstimmiges Votum
abgegeben worden im Hinblick darauf, den Vorschlägen des Arbeitskreises
Stadtentwicklung Limmer zu folgen. **Bezirksratsfrau Schweingel** bat darum, den
vorliegenden Antrag heute zu beschließen.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte den Antrag zur Abstimmung.

Einstimmig
In die Verwaltung (61)

**TOP 5.3.
der SPD-Fraktion**

**TOP 5.3.1.
Verkehrssituation Ecke Brauhofstraße / Badenstedter Straße
(Drucks. Nr. 15-1913/2011)**

Bezirksratsfrau Schlätel stellte den Antrag vor.

Antrag,
die Verwaltung wird gebeten,
durch Absenken der Fußwegecken und Aufstellen zusätzlicher Fahrradbügel die
Verkehrssituation für Fußgänger und Radfahrer an der genannten Ecke zu verbessern.

Bezirksratsfrau Steingrube bat um Konkretisierung der Örtlichkeit, insbesondere um
Auskunft, ob der Bereich vor der Gaststätte gemeint sei.

Dies wurde von **Bezirksratsfrau Schlätel** bestätigt.

Bezirksratsfrau Steingrube sprach die geforderten Fahrradbügel an und machte auf die
beengten Verhältnisse in dem Bereich aufmerksam.

Bezirksratsfrau Schlätel entgegnete, dass die Fahrradbügel an einer anderen Stelle
aufgestellt werden sollen und verwies diesbezüglich auf die Begründung zum Antrag.

Bezirksratsherr Zielke erwähnte, dass ihm die Örtlichkeit bekannt sei und nach seiner
Kenntnis die Bordsteine abgesenkt seien. Verständnis zeigte er für das Aufstellen von
Fahrradbügeln. Er war jedoch der Ansicht, dass aufgrund dieser Maßnahme die Fahrräder
nicht automatisch aus dem störenden Bereich verschwinden werden und das Problem damit
nicht gelöst werde.

Bezirksratsherr Horstmann informierte, dass die Bordsteine nicht in allen Bereichen
vollständig abgesenkt seien, so dass diese auch nicht von Menschen mit Rollator oder
RollstuhlfahrerInnen ohne Barrieren zu befahren seien. Er verwies auf die Begründung zum
Antrag und erläuterte, dass auch ggf. der erste und zweite Parkplatz zu Beginn der
Brauhofstraße für zusätzliche Fahrradbügel genutzt werden könnten. Man erwarte, dass
sich durch derartige Maßnahmen die Gesamtsituation entspanne. Er räumte ein, dass dies
natürlich voraussetze, dass die FahrradfahrerInnen die Bügel nutzen werden.

Bezirksratsherr Dohrmann informierte, dass unmittelbar vor der Gaststätte der Fußweg
zwar abgesenkt und damit für RadfahrerInnen passierbar sei, jedoch RollstuhlfahrerInnen
und Menschen mit Rollator nicht barrierefrei die Fahrbahn kreuzen könnten. Sofern in der
Gaststätte Veranstaltungen stattfinden, seien so viele Fahrräder in dem Bereich abgestellt,
dass selbst FußgängerInnen der Durchgang erschwert werde. **Bezirksratsherr Dohrmann**
vertrat die Ansicht, dass Maßnahmen unumgänglich seien.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte den Antrag zur Abstimmung.

Einstimmig
In die Verwaltung (66)

TOP 5.4. der ASH-Fraktion

TOP 5.4.1. Linden-Limmer-Linie (Drucks. Nr. 15-1917/2011)

Bezirksratsherr Hadasch stellt den Antrag vor.

Antrag,
die Verwaltung wird aufgefordert umgehend zu prüfen, wie eine umsteiglose, durchgehende Verkehrsverbindung des ÖPNV von Limmer-Schleuse, über Lindener Rathaus bis Krankenhaus Siloah Klinikum in Linden-Süd, zeitnah und kostengünstig hergestellt werden kann.

Bezirksratsherr Hadasch verwies auf die umfängliche Begründung und stellte heraus, dass es sich um einen Prüfauftrag handele. Die Querachse im Stadtbezirk Linden-Limmer solle gestärkt werden und er wünschte sich, dass der Stadtbezirk als solches hervorgehoben werde und stärker zusammenwache. Er machte auf die Pläne der Verwaltung aufmerksam, in Linden-Mitte u.a. mit dem Ausbau des Lindener Rathauses ein Zentrum einzurichten. **Bezirksratsherr Hadasch** meinte, dass damit selbstverständlich auch eine bequeme Anfahrt möglich sein müsse. Er habe in Gesprächen von BürgerInnen des Stadtbezirks erfahren, dass auch aufgrund der umständlichen Anreise die Geschäfte zum Beispiel am Schwarzen Bären nicht genutzt würden, sondern vielmehr auf Bereiche der Innenstadt ausgewichen werde. Er berichtete von einer Rentnerin aus Limmer, die sich über die umständliche Anreise zum Bürgeramt im Lindener Rathaus beklagt habe. **Bezirksratsherr Hadasch** zeigte für die geschilderte Situation älterer Menschen Verständnis, vor allem auch bei Dunkelheit und schlechten Witterungsbedingungen.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube begrüßte den Antrag und sagte seine Unterstützung zu. Er verwies auf zwei in der Vergangenheit inhaltlich ähnliche Anträge, die von den Entscheidungsträgern abgelehnt worden seien. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem Quartiersbus und die rot-grüne Initiative zum Konzept „Let’s go west“. **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** begrüßte die Tatsache, dass dieses Thema wieder aufgegriffen werde, obwohl die üstra die Anträge in der Vergangenheit abgelehnt habe, weil damit auch dem Argument der Gegner bzw. Kritiker der Zusammenlegung der Bibliotheken, die geäußert hätten, dass die BürgerInnen aus Limmer die zusammengelegte Bibliothek im Lindener Rathaus nur schwer erreichen könnten, entgegengewirkt werden könnte. Er sagte, dass mit der Forderung mehrere Problemstellungen gleichzeitig gelöst werden könnten. Er machte im Folgenden den Vorschlag, die Linie unter Einsatz von Niederflurbussen bis zum KRH Klinikum Siloah zu verlängern.

Bezirksratsherr Zielke war der Ansicht, dass das Geforderte nicht nur Vorteile für Mobilitätseingeschränkte oder ältere Leute mit sich bringe, sondern insgesamt ein Komfort- und Qualitätsgewinn für alle NutzerInnen des ÖPNV sei.

Bezirksratsherr Knoke sprach den Wortbeitrag von Stellv. Bezirksbürgermeister Grube an und berichtete, dass nicht die üstra sondern die Region Hannover die angesprochenen Anträge nicht aufgenommen habe. Die Region Hannover sei Träger des ÖPNV und damit müsse sich der heute vorgelegte Antrag auch an die Region Hannover richten.

Bezirksratsfrau Steingrube äußerte, dass die CDU-Fraktion den Antrag nicht unterstützen werde. Sie war der Ansicht, dass auf der Limmerstraße keine zusätzliche Buslinie verkehren dürfe und auch im Bereich Stephanusstraße / Lindener Marktplatz den AnwohnerInnen und VerkehrsteilnehmerInnen nicht zumutbar sei, dass weitere Buslinien verkehren. Sie informierte, dass der geforderte Bus die dritte Buslinie wäre, welche in dem Bereich verkehren würde. **Bezirksratsfrau Steingrube** meinte, dass man auch den ÖPNV-NutzerInnen ein paar Wege zumuten könne, um an das gewünschte Ziel zu kommen. Auch die AutofahrerInnen müssten zum Teil Wege in Kauf nehmen, da diese keinen Parkplatz unmittelbar im Bereich des Zielortes vorfinden würden.

Ratsherr Mineur stimmte Bezirksratsherrn Knoke dahingehend zu, dass nicht die üstra die zuvor von Stellv. Bezirksbürgermeister Grube erwähnten Anträge abgelehnt habe. Er vermutete jedoch, dass die Entscheidung die Stadt Hannover zu dem Zeitpunkt selbst getroffen habe. Er sagte aus seiner Erinnerung heraus, dass eine Einführung des Quartiersbusses abgelehnt worden sei, nachdem Verkehrsberechnungen durchgeführt wurden und festgestellt worden sei, dass es auf den Strecken bereits Busverkehre gäbe, wenn auch nicht umsteigefrei. Eine weitere Buslinie würde in Konkurrenz zu den existierenden Linien stehen und ggf. durch das "Abwerben" von Fahrgästen andere Linien unrentabel machen. **Ratsherr Mineur** unterstützte den heute zur Diskussion gestellten Prüfauftrag, prognostizierte jedoch, dass diesem aus wirtschaftlichen Gründen von den Entscheidungsträgern nicht gefolgt werde.

Bezirksratsherr Zielke meinte, dass es nicht Aufgabe der Politik sei, die Argumente vorweg zu nehmen. Er bezeichnete den Antrag als sinnvoll. In Bezug auf die Äußerung von Bezirksratsfrau Steingrube sagte **Bezirksratsherr Zielke**, dass der Bus - soweit gewollt - nicht zwingend die Limmerstraße befahren müsse, da es eine Mehrzahl anderer Ausweichrouten gäbe.

Bezirksratsherr Knoke sprach sich gegen ein Denkverbot und für die Beschlussfassung über den Antrag aus, da dieser auch für eine Vielzahl von BürgerInnen eine Verbesserung mit sich bringen könnte. Einer notwendigen Wirtschaftlichkeitsprüfung möchte **Bezirksratsherr Knoke** nicht vorgreifen.

Bezirksratsherr Kuntze informierte, dass er dem Antrag zustimmen werde. Er vertraue auf die Gesetze des Marktes und meinte, dass die Verwaltung den Antrag umsetze, sofern ein Bedarf erkannt werde. Die Ausschlusskriterien seien seiner Ansicht nach bereits im Antrag aufgenommen. Diesbezüglich zeigte er sich überzeugt, dass die Faktoren „zeitnah“ und „kostengünstig“ nicht erfüllt sein werden.

Bezirksratsherr Hadasch zeigte sich offen auch für Veränderungen in Bezug auf die Buslinien, die die Straßenabschnitte bedienen. Das ÖPNV-Angebot insgesamt solle sinnvoller und besser werden im Hinblick auf die Entwicklung des Stadtbezirkes. Er nahm auf die Begründung des Antrages Bezug und erwähnte, dass an dieser Stelle nur ansatzweise Vorschläge aufgeführt seien.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte den Antrag zur Abstimmung.

16 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen
(Region Hannover, üstra)

TOP 5.5.
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 5.5.1.
**Resolution des Stadtbezirksrates Linden-Limmer gegen Rassismus und
Ausländerfeindlichkeit für einen toleranten und weltoffenen Stadtteil
(Drucks. Nr. 15-1919/2011)**

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube stellte die Resolution vor.

Der Stadtbezirksrat Linden-Limmer empfiehlt den bezirksansässigen Vereinen, folgenden Passus in die jeweilige Vereinssatzung aufzunehmen:

„Mit der Mitgliedschaft in diesem Verein sind nicht vereinbar:

- Äußerungen im Sinne des § 130 StGB (z.B. Holocaustleugnung),
- Menschenverachtende Äußerungen, insbesondere solche, die Grundrechte des GG nach den Artikeln 1 bis 19 in Frage stellen,
- Äußerungen, die ausländerfeindlich und rassistisch sind oder die das NS-Regime verherrlichen,
- Die Benutzung ausländerfeindlicher, rassistischer oder national-sozialistischer Zeichen, Symbole oder Kürzel.“

Der Stadtbezirksrat fordert die anderen Bezirksräte und den Rat der Landeshauptstadt Hannover auf, vergleichbare Resolutionen zu verabschieden.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube ergänzte, dass sechs von insgesamt 13 Stadtbezirksräten im Stadtgebiet gleich lautende Resolutionen verabschiedet hätten. Er informierte, dass es im Stadtbezirk zahlreiche Vereine gäbe, die derartiges in den Statuten nicht regeln würden und berichtete im Folgenden von einer unlängst gehissten Reichskriegsflagge in einem Kleingarten im Stadtteil Limmer in Sichtweite der Gedenkstätte Ahlem.

Bezirksratsherr Kuntze hatte den Eindruck, dass sich die Qualität der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Schriftsätze nicht proportional zur Anzahl der Mandate zu entwickeln scheine. Er war der Meinung, dass mit derartigen Resolutionen der Anschein erweckt werde, dass der Stadtbezirk Linden-Limmer ein Ort des Faschismus sei, in dem ständig verfassungsfeindliche Äußerungen getätigt oder derartige Symbole gezeigt würden. Er machte darauf aufmerksam, dass es Radikalismus nicht nur von "rechts" gäbe. **Bezirksratsherr Kuntze** fragte, warum der Antragsteller nicht fordere, dass Radikalismus insgesamt im Stadtbezirk keine Chance habe. Er kritisierte, dass das Thema vom Antragsteller auf Vorfälle wie beispielsweise das Hissen der Reichskriegsflagge beschränkt werde und er hatte den Eindruck, dass das Hissen der Reichskriegsflagge im Stadtbezirk eher auf Dummheit und Unwissen zurückzuführen war als auf eine politische Überzeugung.

Bezirksratsherr Eggers vermutete, dass der Antrag gestellt worden sei, weil es sich verbiete, dagegen zu sein. Er bezeichnete den Antrag als "populistisch" und beabsichtigt in der letzten Sitzung des Bezirksrates in dieser Wahlperiode eingebracht, mit dem der Antragsteller einen Akzent setzen wolle. Der Antrag würde Selbstverständliches beinhalten und die Vereine des Stadtbezirkes würden dargestellt, als wenn sie ein Problem mit rechtem Gesinnungsgut hätten. Er war der Ansicht, dass der Antragsteller die Vereine mit der Resolution bevormunde. **Bezirksratsherr Eggers** äußerte, dass Holocaustleugner ins Gefängnis und nicht in die Vereine gehören. Dies sei durch die Gesetze geregelt.

Er gab zu bedenken, dass menschenverachtende Äußerungen nicht nur in den Vereinen auftreten könnten. Dass derartiges unterbleibe, sei selbstverständlich und müsse nicht in der Form aufgeschrieben und den Vereinen vorgehalten werden. Er sagte weiter, dass ebenso gefordert werden könnte, dass Personen, die Sachbeschädigungen begehen oder Hausfriedensbruch bzw. diejenigen, die Häuser besetzen, in Vereinen nichts zu suchen haben. Er fragte, warum nicht gefordert werde, dass Vereine Integration fördern sollen, welches durchaus bereits geschehe. Das vom Antragsteller aufgegriffene Thema sei kein Thema für den Bezirksrat. Er zeigte sich erfreut, dass die jüngsten Wahlergebnisse aufzeigen, dass es im Stadtgebiet kein Problem mit Rechtsradikalismus gäbe. Vielmehr bereite ihm die Tatsache Sorge, dass andere extremistische Parteien Wählerzuwächse verzeichnen konnten. Abschließend äußerte **Bezirksratsherr Eggers**, dass er der Resolution nicht zustimmen werde.

Bezirksratsherr Horstmann sagte, dass das Anliegen vordergründig richtig sei, die SPD-Fraktion dennoch der Resolution nicht zustimmen werde, da die gewählte Form der falsche Ansatz sei. Die SPD-Fraktion sei der Überzeugung und habe die Erfahrung gemacht, dass die Vereine im Stadtbezirk in ihrem eigenen Interesse klar Distanz halten zu all dem, was zu Recht in der Resolution kritisiert und thematisiert werde. Die Vereine bräuchten keine Nachhilfe vom Bezirksrat. Er schätzte das Selbstbewusstsein der Vereine derart ein, dass diese sich auch jede Form von Bevormundung verbieten würden. Sofern in Gesprächen zwischen den Mitgliedern des demnächst neu konstituierten Bezirkrates und den Mitgliedern der AGLV'en Bedarfe erkennbar werden, in diesen Fragen zusammenzuarbeiten, könne man beispielsweise Gesprächsrunden o.ä. initiieren. Derzeit sah **Bezirksratsherr Horstmann** keinen Grund bzw. eine Entwicklung gegeben, die eine solche Resolution im Stadtbezirk rechtfertigen würde.

Bezirksratsherr Hadasch sagte, dass die ASH-Fraktion die Resolution nicht kritisch sehe. Er nahm noch einmal auf das Hissen der Reichskriegsflagge in Limmer Bezug und bezeichnete die Aktion des dortigen Vereinsmitgliedes als überflüssig und ergänzte, dass er als Historiker die Aktion als „völlig daneben“ empfinde. Das was während der NS-Zeit passiert sei, bezeichnete er als das Scheußlichste, was auf deutschem Boden passiert sei. In Bezug darauf äußerte er, dass das mit der Resolution Geforderte auf keinen Fall schade.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube stellte klar, dass vorgesehen war, die Resolution für die vorhergehende Sitzung des Bezirkrates im September einzubringen. Da **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** jedoch an der September-Sitzung nicht teilnehmen konnte, hätte er die Resolution auch nicht persönlich vertreten können. Zudem hätten die Fraktionen SPD, CDU und ASH ihn vor der Sitzung im September darum gebeten, wegen Beratungsbedarf das Einbringen der Resolution um einen Monat zu verschieben. Er wies damit den Vorwurf des "Populismus" und der absichtlichen Einbringung der Resolution in der letzten Sitzung der Wahlperiode entschieden zurück. Dass die Resolution nun in der letzten Sitzung dieser Wahlperiode auf der TO stehe, sei nicht von ihm beabsichtigt, sondern von den vorgenannten Fraktionen vorgeschlagen worden. **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** erinnerte daran, dass es im Stadtbezirk den höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund gäbe. Mit Bezug auf das Vorgenannte bezeichnete er es als "peinlich", dass gerade dieser Stadtbezirk die Resolution nicht beschließe. Zudem mache die Resolution lediglich auf das Grundgesetz (GG) aufmerksam.

Bezirksratsherr Eggers nahm auf den Wortbeitrag von Stellv. Bezirksbürgermeister Grube Bezug und meinte, dass das Gesagte bedeuten würde, dass bei einem Bezug eines Antrages zum GG der Bezirksrat - ähnlich eines Freibriefes - diesen nicht ablehnen dürfe.

Bezirksratsherr Schimke meinte, dass bei Vorliegen von Notwendigkeiten ein derartiger Antrag zu spät komme, vielmehr ginge es darum im Vorfeld ein Signal zu setzen. Die Resolution würde sich u.a. gegen Intoleranz insgesamt richten. Auch er war der Meinung, dass die Vereine nicht bevormundet werden müssten, sprach sich aber für eine Grundlage bzw. Handhabe aus. Er gab zu bedenken, welches Signal der Bezirksrat an die Öffentlichkeit sende, sofern die Resolution abgelehnt werde.

Bezirksratsfrau Steingrube erwähnte, dass sie Vorstandsmitglied einer der größten Vereine des Stadtbezirkes mit einem hohen Migrantenanteil sei. In dieser Funktion möchte sie sich vom Bezirksrat nicht vorschreiben lassen, was der Verein zu tun und zu lassen habe. Sie informierte, dass in der Satzung des Vereins bereits seit Jahrzehnten ein Passus, der sinngemäß politische Neutralität fordere und Rassismus ablehne, aufgenommen sei. Auch **Bezirksratsfrau Steingrube** sprach die AGLV´en an und bezeichnete diese als richtigen Ort, Derartiges zu thematisieren bzw. Beratung zu leisten, sofern die Vereine nicht ohnehin Derartiges in der jeweiligen Satzung regeln. Sie meinte, dass die Satzungen aller Vereine dergleichen aufgenommen haben.

Bezirksratsherr Knoke sprach die Satzung des Lindener Bürgervereins an und erläuterte, dass dort parteiliche und politische Neutralität gefordert werde. Er sprach die mit der Resolution geforderte Rechtsfolge an und meinte, dass impliziert werde, dass der Verein ggf. Mitgliedern die Mitgliedschaft kündigen müsse. Dies könne jedoch nur erfolgen, wenn der Tatbestand erfüllt sei und in Zusammenhang mit der Vereinstätigkeit stehe. Ein Ausschluss wäre nur möglich, wenn gegen Satzungszwecke verstoßen werde.

Bezirksratsherr Knoke stellte die justiziable Umsetzung in Frage. Er nahm auf den Wortbeitrag von Stellv. Bezirksbürgermeister Grube Bezug und ergänzte, dass die SPD-Fraktion ihn gebeten habe im Vorfeld mit den AGLV´en Kontakt aufzunehmen zu der Frage, wie die Vereine damit umgehen. Er kritisierte, dass diese Kontaktaufnahme nicht erfolgt sei. **Bezirksratsherr Knoke** bezeichnete es als nicht fair, dass die Mitglieder, die sich gegen die Resolution aussprechen, in ein merkwürdiges Licht gerückt würden. Er bat darum, andere Meinungen zu akzeptieren und um Abstimmung über die Resolution.

Bezirksratsherr Schimke wies darauf hin, dass es in Ostdeutschland zur ausdrücklichen Strategie rechtsradikaler Elemente gehöre, sich zunächst in Vereine einzuschleusen, um den „Gutmenschen“ zu geben. Er erwähnte in diesem Zusammenhang beispielsweise die Vereine der Freiwilligen Feuerwehren. Er warnte davor, dass keiner in den Vereinen davor geschützt sei. Rechtsradikale bzw. linksradikale Menschen gelte es in die Schranken zu weisen.

Bezirksratsherr Knoke trug vor, dass er Kontakt zu den zwei Freiwilligen Feuerwehren im Stadtbezirk habe und äußerte, dass es in den Vereinen keine rechtsradikalen Mitglieder gäbe.

Bezirksratsherr Hadasch bat darum „die Kirche im Dorf zu lassen“. Zur Diskussion stände lediglich die Verabschiedung einer Resolution und Empfehlung und kein Gesetzestext.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte die Resolution zur Abstimmung

Die Resolution wurde mit 5 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

**TOP 6.
EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates
(Interfraktionelle bzw. Gemeinsame Anträge)**

**TOP 6.1.
Zuwendungen aus den Eigenen Mitteln des Stadtbezirksrates Linden-Limmer
(Drucks. Nr. 15-1949/2011)**

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte den Antrag vor.

Antrag,

die nachstehenden Zuwendungen zu beschließen:

- Empfänger: Nachbarschaftsinitiative Linden-Nord
- Zuwendungsbetrag: **3.000,00 €**
- Verwendungszweck: Projekt „Filmspot – Rücksichtnahme auf Anwohner und Anwohnerinnen“

(Anlage 1)

- Empfänger: AllerWeltsLaden
- Zuwendungsbetrag: **2.050,00 €**
- Verwendungszweck: Anschaffung Markise und Montage

(Anlage 2)

- Empfänger: TSV Viktoria Linden
- Zuwendungsbetrag: **1.200,00 €**
- Verwendungszweck: Anschaffung Rasenmäher

(Anlage 3)

- Empfänger: Linden Tip-Top e.V.
- Zuwendungsbetrag: **1.475,00 €**
- Verwendungszweck: Projekt „Stadtteilsauberkeit – Hundekotentsorgung“

(Anlage 4)

- Empfänger: Fanfarenzug Alt-Linden v. 1964 e.V.
- Zuwendungsbetrag: **2.500,00 €**
- Verwendungszweck: Anschaffung Musikinstrumente

(Anlage 5)

- Empfänger: Diakonischer Verein Selmastr. 6 e.V.
- Zuwendungsbetrag: **700,00 €**
- Verwendungszweck: Anschaffung Beamer, DVD-Player, Flipchart und Moderationskoffer

(Anlage 6)

- Empfänger: Herr Kersten Flenter
- Zuwendungsbetrag: **1.420,00 €**
- Verwendungszweck: Druckkostenzuschuss für das Buchprojekt „Erklärt Stroganow“

(Anlage 7)

Initiative Bezirksrat

- Empfänger: Miteinander für ein schöneres Viertel e.V.
- Zuwendungsbetrag: **800,00 €**
- Verwendungszweck: Projekt Pico Bello / Anschaffung weiterer Dog-Stations und Hundekottüten

(Anlage 8)

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte den Antrag zur Abstimmung.

Einstimmig

In die Verwaltung (18.62.10)

TOP 7.

A N F R A G E N

TOP 7.1.

der SPD-Fraktion

TOP 7.1.1.

Schulischer Schwimmunterricht in städtischen Bädern (Drucks. Nr. 15-1912/2011)

Bezirksratsfrau Lemke trug die Anfrage vor.

Der von Schulen durchgeführte Schwimmunterricht findet für die Schulen im Stadtbezirk Linden-Limmer überwiegend im Stadionbad und im Fössebad statt. Die Konkurrenz mit anderen Nutzungen führt in den Bädern zu Engpässen und Ausfällen beim Schulschwimmen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wieviel Schwimmunterricht muss nach den geltenden Studentafeln in den Schulen unseres Stadtbezirks erteilt werden?
2. Wieviel Schwimmunterricht wird in den beiden genannten Bädern von den Schulen unseres Stadtbezirks erteilt?
3. Welche Unterstützungsmöglichkeiten hat die Verwaltung, wenn Schulen einen Mehrbedarf anmelden, der nicht im Fössebad oder Stadionbad abgedeckt werden kann?

Frau Sufin antwortete sinngemäß wie folgt:

Zu 1.:

Entsprechend den gültigen Erlassen soll der Schwimmunterricht in der Grundschule im 3. oder 4. Schuljahr mit einer Wochenstunde in einem Schuljahr oder einer Doppelstunde in einem Schulhalbjahr angeboten werden. In den weiterführenden Schulen sollen in den Schuljahrgängen 5 und 6 mindestens eine Wochenstunde in einem Schulhalbjahr (d.h. mindestens 20 Unterrichtsstunden) eingeplant werden. In den Schuljahrgängen 7 - 10 sollten mindestens 40 Unterrichtsstunden, die auf mehrere Schuljahrgänge verteilt oder in einem Schuljahr durchgängig mit einer Wochenstunde erteilt werden können, vorgesehen werden.

Zu 2.:

(wöchentlich)

<u>Fössebad:</u>	<u>Schwimmer</u>	<u>Nichtschwimmer</u>
GS Albert – Schweitzer – Schule	1,5 Std.	1,5 Std.
GS Eichendorfschule	1,5 Std.	1,5 Std.
GS Kastanienhof	45 Minuten	45 Minuten
IGS Linden	1,5 Std.	1,5 Std.
FÖS Ihmeschule	45 Minuten	45 Minuten

<u>Stadionbad</u>	<u>Schwimmer</u>	<u>Nichtschwimmer</u>
GS Egestorffschule (bis Januar 2012)	1,5 Std.	1,5 Std.
GS Egestorffschule (ab Februar 2012)	3 Std.	1,5 Std.
Gy Humboldtschule	3 Std.	45 Minuten
FÖS Ihmeschule	45 Minuten	45 Minuten

Gesamte wöchentliche Nutzungszeiten der Schulen im Stadtbezirk Linden-Limmer

Fössebad:

Schwimmer: 6 Stunden

Nichtschwimmer: 6 Stunden

Stadionbad:

Schwimmer: 8 Stunden 15 Minuten

Nichtschwimmer: 4 Stunden 30 Minuten

Zu 3.:

Das Sportleistungszentrum steht für das Schulschwimmen in der Regel von 09.00 – 14.00 Uhr mit 10 x 50 m Bahnen zur Verfügung. Dieses wird u.a. von der IGS Linden mit 15 Stunden Schwimmer (10 x 50 m) sowie der Helene-Lange-Schule mit 12 Stunden Schwimmer (4 x 50 m) genutzt. In der Sommersaison können die Schulen zusätzlich Kapazitäten in den hannoverschen Freibädern nutzen. Für außerordentliche Termine wie z.B. Prüfungen werden im Einzelfall Sondertermine mit den betreffenden Schulen in den Hallenbädern vereinbart.

TOP 7.2.

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 7.2.1.

Neue Planungen der Wasserstadt Limmer auf dem Conti Parkplatz (Drucks. Nr. 15-1918/2011 mit 1 Anlage)

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube verlas die Anfrage.

In der HAZ (Stadtanzeiger West / siehe Anhang) wurde unlängst darüber berichtet das der ehemalige Parkplatz der Conti Limmer zukünftig von der Fa. Papenburg benötigt wird („Wir brauchen den Parkplatz für unser Unternehmen.“). Dafür mussten die KüGäLi umziehen. Diese Nutzung & Planungen auf diesem Geländeteil widersprechen aber allen bisherigen Planungen (z. B. Schleuse Limmer) und würden ggf. Fakten schaffen, die möglicherweise kostensteigernd sind.

Wir fragen dazu die Verwaltung:

1. Sind der Verwaltung der LHH (diese) Neuigkeiten bekannt und welche Planungen/Nutzungen sind vorgesehen?
2. Warum wurde erneut versäumt die zuständigen Gremien (Stadtbezirksrat & Kommission Sanierung Limmer) ausreichend zu informieren?
3. Ist sichergestellt das Nutzungen die dort nun vorgesehen werden, nicht bei der Umsetzung der Schleusenplanung zu neuen Kosten führen? (Verlagerung o. ä.) .

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion in der letzten Sanierungskommission eine ähnliche Frage gestellt habe. Die erhofften Informationen seien jedoch nicht gegeben worden. Aus diesem Grund habe er die vorliegende Anfrage im Bezirksrat eingebracht. Er bat darum, dass auch die Sanierungskommission über die Antwort der Verwaltung informiert werde.

Frau Winters trug sinngemäß wie folgt vor:

Der Verwaltung sind keine neuen Planungen oder Nutzungen für die Parkplatzflächen bekannt. Insofern erübrigen sich die Antworten zu den Fragen 2 und 3.

Frau Winters ergänzte, dass die Verwaltung zum Bauherrn Kontakt aufnehmen werde, um in Bezug auf das Zitat des Zeitungsartikels zu erfahren, welche Nutzung gemeint war. Sie sagte eine Information des Bezirksrates zu.

TOP 8.

Informationen über Bauvorhaben

Informationen über Bauvorhaben wurden nicht gegeben.

TOP 10.

EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE gegen 20.00 Uhr nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes

Bezirksbürgermeisterin Knoke eröffnete die Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde um 19.55 Uhr.

Der 1. Sprecher stellte sich als Elternvertreter der Albert-Schweitzer-Schule vor und fragte, wie lange die Baumaßnahmen in der Fröbelstraße andauern werden. Er berichtete, dass Baufahrzeuge und Bauzäune beidseitig die Fußwege der Straße versperren bzw. die Fußwege durch Baugruben u.ä. unpassierbar seien. Zudem beklagte **der Sprecher** eine hohe Lärmbelastung bedingt durch die Baumaßnahmen auch während des vormittäglichen Unterrichts. Diese Situation bezeichnete er als unerträglich.

Frau Winters sagte eine Weitergabe der Beschwerde an den Fachbereich Tiefbau zu.

Der 2. Sprecher - ebenfalls Elternvertreter an der Albert-Schweitzer-Schule - nahm auf den Wortbeitrag seines Vorredners Bezug und sprach darüber hinaus den Kötnerholzweg an, der für seine beiden Kinder als Schulweg diene. Er berichtete, dass er seine Kinder, die sich im Grundschulalter befinden, nicht mehr alleine zur Schule gehen lassen könne, da der Schulweg seiner Ansicht nach nicht sicher sei. Dies begründete er mit nicht abgesicherten Baugruben.

Zudem würden schwere Baufahrzeuge den Fußweg blockieren. Insbesondere für Kinder sei zum Teil nicht ersichtlich, wo sich der Fußweg befinde und wo Baustellenbereiche seien. Der missliche Zustand würde nunmehr seit Langem andauern. Er forderte dringend für mehr Sicherheit zu sorgen.

Frau Winters sagte eine Weitergabe der geschilderten Situationen an den zuständigen Bereich der Verwaltung zu, damit ggf. Maßnahmen getroffen werden können.

Bezirksbürgermeisterin Knoke schloss die Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde um 20.00 Uhr.

TOP 9.

Bericht des Stadtbezirksmanagements

Herr Wescher berichtete zum Thema „Skaten unter der Westschnellwegbrücke / Noltestraße“ sinngemäß wie folgt:

Im Stadtbezirk Linden-Limmer wird es künftig eine weitere Möglichkeit für Jugendliche zum Skaten geben. Nachdem der 2er Skateboarding e. V. in den zurückliegenden etwa eineinhalb Jahren auf dem Privatgelände an der Fössestraße in ganz erheblicher und beachtlicher Eigenarbeit eine Anlage für Vereinsmitglieder errichtet hat, die inzwischen eine echte Attraktion für Skater aus dem gesamten Bundesgebiet darstellt, ist es unter Federführung des Stadtbezirksmanagements gelungen, dem Bethlehemkellertreff im Rahmen der Sondernutzung die eingefriedete Teilfläche unter der Westschnellwegbrücke für „Skaten“ zu überlassen. Der Bethlehemkellertreff war vor einem Jahr mit einer entsprechenden Bitte an die Stadt herangetreten, nachdem die dort zuvor vorhandene „Halfpipe“ zu stark beschädigt war und abgebaut werden musste. In einem ersten Schritt wird der Bethlehemkellertreff drei „Mobile Pads“ aufstellen, die von der Stadt für die Aktion „Jugend bewegt Stadt“ gesponsert worden sind. Eine sinnvolle Erweiterung wird vom Bethlehemkellertreff mit fachlicher Unterstützung des 2er Skateboarding e. V. geplant. Interessierte Jugendliche können sich beim Bethlehemkellertreff melden.

Bezirksratsfrau Schweingel sprach die von Herrn Wescher in der letzten Sitzung angesprochene AnliegerInneninformation im Rahmen der Grunderneuerung der Pestalozzistraße an und bat um einen Sachstandsbericht.

Herr Wescher antwortete, dass zwischenzeitlich für den 1. Bauabschnitt, der unmittelbar bevorstehe, eine AnliegerInneninformation erfolgt sei. Er verwies diesbezüglich auf das übliche Verfahren. Die Weitergabe eines Ausschnitts der Niederschrift zu dem angesprochenen Thema sei - wie angekündigt - an das Baudezernat zur Kenntnis weitergegeben worden.

TOP 11.

Verabschiedung der ausscheidenden Bezirksratsmitglieder

Bezirksbürgermeisterin Knoke berichtete, dass das Wahlergebnis dazu geführt habe, dass 12 bisherige Bezirksratsmitglieder ausscheiden und in der VII. Wahlperiode nicht mehr dem Bezirksrat angehören werden. Sie dankte in einer emotionalen Ansprache anlässlich der letzten Sitzung des Stadtbezirksrates in der Wahlperiode allen Mitgliedern herzlich für die Zusammenarbeit.

Bezirksbürgermeisterin Knoke verabschiedete sodann die anwesenden, ausscheidenden Bezirksratsmitglieder – im Einzelnen Bezirksratsfrau Bolzek, Bezirksratsherr Deppe, Bezirksratsherr Dohrmann, Bezirksratsherr Grenner, Bezirksratsherr Hadasch, Bezirksratsherr Horstmann, Bezirksratsherr Knoke, Bezirksratsherr Kuntze und Bezirksratsfrau Schlätel (nicht anwesend waren Bezirksratsfrau Rose und Bezirksratsfrau Otte) - und überreichte ein kleines Präsent.

Bezirksbürgermeisterin Knoke bedankte sich anschließend bei den VerwaltungsvertreterInnen für die gute Zusammenarbeit und Betreuung.

Sie erwähnte, dass sie sich sehr über die Veröffentlichung des zuletzt mit ihr geführten Interviews im Stadt-Anzeiger West gefreut habe und richtete Dank auch an die anwesenden PressevertreterInnen.

Bezirksratsfrau Schweingel bedankte sich im Namen aller Bezirksratsmitglieder bei Bezirksbürgermeisterin Knoke für ihre geleistete Arbeit.

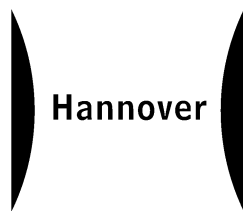
Bezirksbürgermeisterin Knoke schloss die Sitzung um 20.10 Uhr.

Für die Niederschrift:

Knoke
Bezirksbürgermeisterin

Sufin
Bezirksratsbetreuerin

Landeshauptstadt



Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Nr. 15-1825/2011

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Zuwendung zur Förderung des Vereinssportstättenbaus an den TSV Victoria Linden e.V.

Antrag,

zu beschließen, dem TSV Victoria e.V. für die Sanierung der Duschräume in seinem Vereinshaus eine Zuwendung zur Förderung des Vereinssportstättenbaus in Höhe von

8.000,00 €

zu bewilligen.

Mittel zur Deckung dieses Betrages stehen im Ergebnishaushalt 2011 im
Produkt 42101 Sportförderung
Kostenstelle 55115520 Vereinssportanlagen
Finanzposition 73180000 Zuschüsse lfd. Zwecke an übrige Bereiche
zur Verfügung.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Von der Maßnahme profitieren alle Mitglieder im Verein gleichermaßen. Deshalb spielen Gender-Aspekte bei der Entscheidung keine Rolle. Der TSV Victoria Linden hat mit Stand vom 01.01.2011 insgesamt 546 (Vorjahr 538) Mitglieder, von denen 225 weiblich und 321 männlich sind. Mit 211 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren weist der Verein eine durchschnittlich hohe Jugendquote von 39 % auf.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 52 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme	Bezeichnung
Einzahlungen	Auszahlungen
	Saldo Investitionstätigkeit
	0,00

Teilergebnishaushalt 52

Angaben pro Jahr

Produkt 42101 Sportförderung

Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen
	Transferaufwendungen
	8.000,00
	Saldo ordentliches Ergebnis
	-8.000,00

Begründung des Antrages

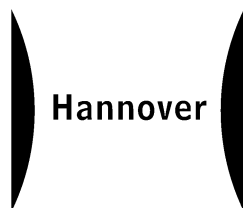
Der TSV Victoria Linden e.V. weist eine steigende Anzahl bei den Vereinsmitgliedern – insbesondere im Jugendbereich - auf. Aktuell nehmen zwei Herren- und sechs Jugendmannschaften am Rugby Punktspielbetrieb teil. Neben Rugby werden sieben weitere Sportarten von Korbball über Triathlon, Gymnastik, Leichtathletik, Reha-Sport, Kinderturnen bis zum Fitness-Sport angeboten. Da die drei Duschräume für die steigende Anzahl der Mitglieder nicht mehr ausreichen und nicht mehr den hygienischen Anforderungen entsprechen, plant der Verein, diese unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte zu sanieren.

Die Kosten für die notwendigen Maßnahmen belaufen sich auf ca. 34.000,00 €, die wie folgt finanziert werden sollen:

1. Eigenleistung Verein	17.800,00 €
2. Zuwendung Stadtsportbund Hannover	6.400,00 €
3. Stadtbezirksrat	1.800,00 €
<u>4. Zuwendung Landeshauptstadt Hannover</u>	<u>8.000,00 €</u>
<u>insgesamt</u>	<u>34.000,00 €</u>

52
Hannover / 08.09.2011

Landeshauptstadt



Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In die Kommission Sanierung Limmer
In den Stadtbezirksrat Linden-Limmer
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss

1. Neufassung
Nr. 1418/2011 N1
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

Umbau der Franz-Nause-Straße zwischen Zimmermannstraße und Wunstorfer Straße

Antrag,

1. dem Umbau der Franz-Nause-Straße Straße zwischen Zimmermannstraße und Wunstorfer Straße, wie in Anlage 1 dargestellt zuzustimmen.

- Entscheidungsrecht des Stadtbezirksrates gemäß § 55 Abs.1 NGO ***i.V. mit § 9 Abs.1 Nr.2d der Hauptsatzung***

2. dem Baubeginn sowie der Mittelfreigabe zuzustimmen

- ***Anhörungsrecht des Stadtbezirksrates gem. § 55c Abs. 3 Ziffer 4, NGO i.V. mit § 10 Abs. 1 Ziffer 4 der Hauptsatzung***
- ***Entscheidungsrecht des Verwaltungsausschusses gemäß § 57 Abs. 2 NGO.***

Die Maßnahme steht unter dem generellen Finanzierungsvorbehalt.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzhaushalt

Investitionsmaßnahme I.51106.004.2

Bezeichnung Sanierung Limmer-Ost / Franz-Nause-Straße

Finanzplanung 2012 480.000 €

Finanzplanung 2013 50.000 €

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Genderspezifische Aspekte und Belange wurden bei der geplanten Maßnahme beachtet. Im Rahmen der Planung der Maßnahme wurden Fragen der sozialen Sicherheit (Beleuchtung) und die behindertengerechte Gestaltung geprüft. Die Ergebnisse sind in die Planung eingeflossen.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 61 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme I.51106.004 Sanierung Limmer-Ost / Franz-Nause-Straße

Einzahlungen		Auszahlungen	
Zuwendungen für Investitionstätigkeit	353.400,00	Baumaßnahmen	530.000,00
		Saldo Investitionstätigkeit	-176.600,00

Teilergebnishaushalt 66

Angaben pro Jahr

Produkt 54101 Gemeindestraßen

Ordentliche Erträge		Ordentliche Aufwendungen	
Auflösung Sonderposten (anteilige Zuwendungen)	8.835,00	Abschreibungen	13.250,00
		Zinsen o.ä. (TH 99)	4.415,00
		Saldo ordentliches Ergebnis	-8.830,00

Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen 530.000 €.

In den dargestellten Kosten sind Ausgaben für Straßenabläufe und Anschlussleitungen in Höhe von ca. 70.000 € nicht enthalten. Diese werden nicht über die Investitionsmaßnahme, sondern über den Haushalt der Stadtentwässerung abgewickelt und finden im Rahmen der jährlichen Betriebsabrechnung der Stadtentwässerung Berücksichtigung.

Die Mittel für den Straßenumbau der Franz-Nause-Straße stehen in der Haushaltmanagementkontierung I.51106.004.2 für die Sanierungsmassnahmen in Limmer, Stadtumbau West zur Verfügung.

Bei der Maßnahme wird die Straßenausbaubeitragsatzung nicht angewendet, da die Straße im Rahmen der städtebaulichen Sanierung in Limmer umgebaut wird.

Begründung des Antrages

1. Ausgangslage

Die Franz-Nause-Straße in Limmer ist eine Anliegerstraße und dient zusätzlich der rückwärtigen Erschließung der Ladenzeile an der Wunstorfer Straße. Die Straße ist in beiden Richtungen von der Wunstorfer Straße und der Zimmermannstraße aus zu befahren. Die Einmündung von der Zimmermannstraße stellt im derzeitigen Ausbauzustand einen Gefahrenpunkt dar, da nach der Lichtsignalanlage sehr direkt abgebogen werden kann und somit in diesem Bereich die gefahrenen Geschwindigkeiten als zu hoch beobachtet werden. Durch die Geometrie der Straßen Franz-Nause-Straße und Weidestraße ergibt sich eine unverhältnismäßig große Fahrbahnfläche vor dem Cafe Rossi und dem Penny-Markt. Die Fahrbahn entspricht hinsichtlich des Aufbaues und der Profilaufteilung nicht mehr den Anforderungen in technischer und städtebaulicher Hinsicht.

2. Beschreibung des Vorhabens

Es ist geplant den Bereich Franz-Nause-Straße und Weidestraße ganzheitlich städtebaulich aufzuwerten und den Nutzungsansprüchen an diesen Verkehrsraum anzupassen.

Die Einmündung von der Wunstorfer Straße wird in Richtung Norden verlegt, somit entsteht eine Kreuzung mit der Wegebeziehung zum Stichweh-Leinepark. Die Fahrbahn wird als Einbahnstraße in Richtung Weidestraße in bituminöser Bauweise befestigt. Auf den Nebenanlagen in diesem Bereich sind neben einem Gehweg, befestigt mit Betonsteinplatten im Diagonalverband und Betonrechteckpflaster, auch Parkflächen in Längsaufstellung geplant. Die Parkflächen werden mit einem Betonrechteckpflaster in anthrazit befestigt. Über den Parkplatz der Sparkasse wird eine Ausfahrt auf die Wunstorfer Straße ermöglicht. Die Grundstücksverhältnisse werden im Rahmen der Planung an den Ausbau angepasst. Die Einfahrt in die Weidestraße von der Zimmermannstraße aus wird geschlossen und somit besteht die Möglichkeit den Bereich vor dem Penny-Markt und dem Cafe Rossi als Platz mit übergeordneter Aufenthaltsfunktion zu gestalten. Die Fahrbahn im Verlauf der Franz-Nause-

Straße und Weidestraße wird auf diesem Platz über Anrampungen geführt und erhält eine ansprechende Befestigung mit Betonsteinen. Auf diesem Platz werden die Höhenunterschiede teilweise in großzügigen Stufenanlagen aufgefangen, was aber immer auch die Möglichkeit belässt, den Platz behindertengerecht passieren zu können. Der weitere Verlauf der Weidestraße erhält wiederum in der Fahrbahn eine bituminöse Befestigung und auf den Nebenanlagen im Gehwegbereich Betonsteinplatten im Diagonalverband. Die Längsparkstände werden mit Betonrechteckpflaster in anthrazit befestigt.

Durch die Schließung der Einfahrtssituation von der Zimmermannstraße ergibt sich die Möglichkeit an der Zimmermannstraße noch zusätzliche Längsparkstände bzw. Ladezonen einzurichten.

Im Bereich der Franz-Nause-Straße und der Weidestraße werden insgesamt 7 neue Bäume gepflanzt.

Die Beleuchtung wird im Zusammenhang mit der Ausführung der Bauarbeiten erneuert.

Der Entwurf ist in Anlage 1 dargestellt.

3. UVP

Durch den Umbau der Franz-Nause-Straße wird die städtebauliche Qualität der Straße und der Umgebung gesteigert. Die Verkehrssicherheit sowie die Verkehrsqualität erhöhen sich für alle Verkehrsteilnehmer.

Negative Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes gehen von der Maßnahme nicht aus.

4. Bauzeit / Bauablauf

Es ist geplant, die Baumaßnahme im Frühjahr 2012 zu beginnen.

Die Neufassung der Beschlussdrucksache wurde erforderlich, da nach der Hauptsatzung es alleinig in der Zuständigkeit des Stadtbezirksrates liegt, über die Durchführung einer bezirklich begrenzten Straßenumbaumaßnahme zu entscheiden. Über die Freigabe der Mittel entscheidet der Rat bzw. der beauftragte Verwaltungsausschuss.

66.21
Hannover / 31.08.2011

SPD – Fraktion im Bezirksrat Linden – Limmer

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bezirksrat Linden – Limmer

CDU – Fraktion im Bezirksrat Linden-Limmer

ASH – Fraktion im Bezirksrat Linden-Limmer

Drucks.-Nr. 15-1914/2011

An den

Stadtbezirksrat Linden – Limmer

über die Bezirksbürgermeisterin

über OE 18.62.10

Hannover, 26.09.2011

Gemeinsamer Antrag gem. §10 der GO des Rates der LHH

Sozialpädagoge mit türkischem Migrationshintergrund für die IGS Linden

Die Verwaltung wird gebeten,

aus den von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Sondermitteln für Schulsozialarbeit der IGS-Linden Mittel für die Beschäftigung eines Sozialpädagogen mit türkischem Migrationshintergrund zu übertragen. Damit soll die vorhandene schulische Sozialarbeit besonders für die an der IGS große Gruppe der männlichen Jugendlichen mit türkischem Hintergrund intensiviert werden, wodurch die Chancen auf schulischen Erfolg und soziale Integration dieser Jugendlichen verbessert werden können.

Begründung:

Stellenbeschreibung der IGS-Linden für ihren Antrag an die LHH:

Institutionsbeschreibung:

Die Integrierte Gesamtschule Hannover Linden ist eine Ganztagschule, in der in den Sekundarstufen I und II insgesamt ca. 1400 SchülerInnen von ca. 130 Lehrkräften unterrichtet werden.

Die IGS-Linden ist die größte Schule und neben zweier Gymnasien, die einzige weiterführende Schule im Stadtteil Linden/Limmer..

Als Integrierte Gesamtschule bietet sie den SchülerInnen alle Schulabschlussmöglichkeiten, sie betreut die SchülerInnen als Ganztagschule täglich bis 16.10 Uhr und bietet ihnen ein vielfältiges Angebot an gemeinsamen Lern- und Freizeitaktivitäten.

Die IGS-Linden versteht sich als Stadtteilschule, was bedeutet, dass sich die Population des Stadtteils Linden (der vielfach auch als sozialer Brennpunkt bezeichnet wird) in der Schule widerspiegelt. Der Anteil von SchülerInnen deren Eltern anderen Kulturen oder Ländern entstammen, liegt in der Sekundarstufe 1 bei fünfundvierzig Prozent. Davon entstammt ein Drittel, rund 300 Familien, dem türkischen Kulturkreis.

Wiederum ein Drittel der SchülerInnen in der Sekundarstufe I der IGS-Linden lebt in Familien, die staatliche Transferleistungen beziehen.

Aufgrund dieser Zusammensetzung der Schülerschaft ist insbesondere der Sozialpädagogische Bereich der Schule in vielfältiger Kooperation eng vernetzt mit anderen Institutionen im Stadtteil tätig.

Zielgruppe

Es treten an der IGS-Linden immer wieder Jungengruppen und auch Einzelpersonen in Erscheinung, die nicht nur in der Schule, sondern auch im Stadtteil und deren Jugendeinrichtungen für Unruhe sorgen und deren Verhalten als auffällig bezeichnet werden muss. Diese Jungen entstammen meistens türkischen Familien und es fällt auf, dass sie einerseits unangepasst, laut und regelüberschreitend agieren, andererseits aber ganz ziellos und hilflos den Anforderungen der Schule und ihrer Umwelt gegenüberstehen.

Sie sind die Verlierer der Migration und die Verlierer im deutschen Bildungssystem.

Es vollzieht sich oftmals ein Bruch in ihrer Identitätsbildung, da sie in ihren Elternhäusern als Jungen häufig hofiert und in eine dominierende Rolle hineinerzogen werden. In der Schule halten sie den Anforderungen jedoch vielfach nicht Stand, sie drohen zu scheitern und erleben dies als persönliche Kränkung. Da viele der Jungen aus sog. bildungsfernen Familien stammen, erhalten sie von ihren Eltern nicht die Unterstützung, die sie benötigen. Das Scheitern in der Schule versuchen viele dieser Jungen dann durch auffälliges Verhalten zu kompensieren. Es ist ein Versuch, eine Beschädigung des Selbstwertgefühles abzuwenden. Dabei erfahren sie Zuspruch und Anerkennung in der Peergroup und Gruppenbildungen (oftmals mit Jugendlichen in gleichen Situationen) sind die Folge.

Die Teilhabe an der deutschen Gesellschaft gelingt ihnen nur sehr begrenzt.

Sie werden ausgegrenzt oder grenzen sich durch ihr Verhalten und Auftreten oftmals selbst aus. Diese Jungen sind oft schwer für Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen erreichbar.

Sie sehen für sich kaum eine Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe, sie fühlen sich nicht dazugehörig. Viele sehen sich zunehmend in einer „Opferrolle“, die es ihnen verwehrt, in der hiesigen Gesellschaft anzukommen. Damit einher geht die Besinnung auf die Traditionen der Ursprungsgesellschaft und immer öfter eine Zuwendung hin zu politisch radikalen und religiösen Gruppen.

Die IGS Linden bemüht sich seit einigen Jahren, auch mit finanzieller Unterstützung über den Gewaltpräventionstopf der Landeshauptstadt Hannover und in enger Kooperation mit den Jugendfreizeiteinrichtungen und anderen Lindener Institutionen, in eine intensivere Beziehung zu den Jungen zu treten, ihnen eine ernstzunehmende Gesprächsplattform zu bieten, sie Wert zu schätzen, ihnen Mut zu machen und Alternativen aufzuzeigen.

Arbeitsansatz / Arbeitsschwerpunkte im Rahmen der Schulsozialarbeit

Methode: Einzelberatung

Ein Sozialpädagoge türkischer Herkunft trifft sich mit einzelnen Jungen, die ihm (i.d.R.) über LehrerInnen oder KollegInnen anderer Institutionen vermittelt werden oder die selbstständig den Kontakt mit dem Sozialpädagogen aufnehmen. Über die psychosoziale Beratung hinaus ist ein Ziel der Einzelberatung, sich den Jungen akzeptierend und ressourcenorientiert zuzuwenden. Wenn es angezeigt ist, tritt er in die konkrete Einzelfallhilfe ein, kooperiert mit dem Kommunalen Sozialdienst und anderen Institutionen. Durch gemeinsame Gespräche und Aktivitäten, soll darüber hinaus versucht werden, die Jugendlichen einzubinden und zu aktivieren. Dies kann beispielsweise durch das Hinführen zu Kontakten mit Sportvereinen, Jugendzentren oder anderer Freizeitstätten geschehen, aber auch durch die Vermittlung anderer unterstützender Maßnahmen, z.B. im Bereich der Nachhilfe, berufsorientierende Maßnahmen, Praktika u.s.w.

Es ist wichtig, die Jungen als Personen einerseits anzunehmen, sich gezielt mit ihren Problemen zu befassen und ihnen andererseits ihr Verhalten zu spiegeln.

In einem weiteren Schritt kann es dann um die Vermittlung zwischen den Jungen, ihren Eltern, den LehrerInnen, Jugendfreizeiteinrichtungen und anderen gehen, denen gegenüber sie aufgefallen sind.

Methode: Soziale Gruppenarbeit:

Neben den Einzelkontakten mit einigen Jungen lassen sich auch gezielt kleine Gruppen von mehreren Jungen bilden, die sich während der Schulzeit mit dem Sozialpädagogen treffen. Es ist davon auszugehen, dass die Jungen zunächst eher widerwillig an der Gruppenarbeit teilnehmen. Die Treffen während der Schulzeit begünstigen ein regelmäßiges Mitwirken jedoch, da die Jungen sich während der Schulzeit der Teilnahme nur schwer entziehen können. Die Erfahrungen dieses Arbeitsansatzes zeigen, dass bereits nach wenigen Treffen unter der Leitung eines türkisch stämmigen Sozialpädagogen, die Gruppen eine positive Dynamik entwickeln. Bald wird es ein Privileg zu der Gruppe gehören zu dürfen und die Jungen kommen gerne und freiwillig. Ein Indiz hierfür ist, dass im letzten Jahr einige Jungen den Pädagogen darum baten, sich auch in den Ferien mit ihm treffen zu dürfen. Diese Jungen erfahren im Alltag sehr selten positive Aufmerksamkeit. Hier fühlen sie sich ernst –

und angenommen, sie nehmen Beziehungen auf und entwickeln im besten Fall Alternativen zu ihren bisherigen Verhaltensmustern.

Methode: Elternarbeit

Der Kontakt mit den Eltern der SchülerInnen ist ein wichtiges Anliegen der Schule.

Eine Kooperation zwischen den Erziehungsinstanzen Familie und Schule ist für die zielgerichtete Erziehung eines Kindes und für die, seinen Fähigkeiten und Interessen entsprechende optimale Förderung, unabdingbar. Die Elternarbeit gestaltet sich jedoch immer wieder schwierig. Nicht nur auf den Elternabenden, sondern auch im allgemeinen Schulalltag wird seitens der Schule insbesondere die geringe aktive Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund beklagt. Nur wenige nehmen an den obligatorischen Elternabenden teil. Die Elternarbeit mit Migrantenelementen wird oftmals durch mangelnde deutsche Sprachkenntnisse der Haupterziehenden, nämlich der Mütter, und durch Missverständnisse im Umgang miteinander, kulturelle Verschiedenheiten und gegenseitige Vorurteile, erschwert.

Wenn Menschen sich kulturell aufgehoben und in ihrer sprachlichen Kompetenz sicher fühlen, sind sie eher bereit sich zu äußern, mitzuwirken und auch Verantwortung zu übernehmen.

Die Brücke zwischen den unterschiedlichen Werten, Erziehungszielen- und Verhalten etc. soll ein türkischstämmiger Sozialpädagoge bilden, der einen Zugang zum hiesigen Wertesystem hat und integriert ist, ohne seine Herkunftskultur aus dem Blick verloren zu haben und der die türkische Sprache beherrscht. Er soll behilflich sein, den Kontakt zu türkischen Eltern herzustellen, die die Schule bislang nicht erreichen konnte. Seine Aufgabe ist die Vermittlung zwischen den Ansprüchen und Zielen der Schule und denen, denen die Eltern sich verschrieben haben.

Durch den Kontakt zu den türkischen Eltern auf der einen und den LehrerInnen auf der anderen Seite, können Erziehungsverhalten und/oder Erziehungsziele beider Seiten offengelegt und wenn möglich angeglichen werden. Letzteres hat zur Folge, dass sich die SchülerInnen nicht ständig zwischen zwei sich widersprechenden Welten bewegen müssen.

Methode: Projektarbeit

An der IGS Linden gibt es immer wieder Projekte, die innovative Arbeit leisten und den Jugendlichen auf vielfältige Weise Unterstützung zukommen lassen.

Das *Lernlotsenprojekt* gibt migrantischen Jugendlichen in den Abschlussjahrgängen konkrete (Nach-) Hilfe in schulischen Inhalten.

Das Projekt *YES, WE CAN* leistet Motivationsarbeit bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, einen guten Schulabschluss, einen interessanten Beruf erreichen zu können und zu wollen, indem ehemalige IGS-SchülerInnen, "die es geschafft haben", als Vorbilder fungieren.

Über diese und andere Projekte, die über die Schulsozialarbeit initiiert und in den Schulalltag eingebunden werden, lassen sich viele Jugendliche erreichen, die über ein offenes Angebot, z.B. auf der Freizeitebene, nicht erreichbar wären.

Die IGS Linden ist im Stadtteil Linden stark verwurzelt und eng vernetzt. Diese Stelle im Rahmen der Schulsozialarbeit soll zur optimalen Nutzung der Ressourcen im Stadtteil Linden und darüber hinaus zu Gunsten der SchülerInnen mit Migrationshintergrund beitragen. Dafür ist ein Kontakt und die Zusammenarbeit mit hiesigen Vereinen, mit Institutionen der Jugendhilfe, mit örtlichen Gremien (Integrationsbeirat, Präventionsrat u.a.) äußerst hilfreich. Durch vielfältige Kontakte und Kooperationen mit umliegenden Firmen, mit Ausbildern und anderen berufsorientierten Anbietern, können insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund besser und gezielter in die Berufswelt eingegliedert werden.

Der türkischstämmige Kollege wird durch seine „Brückenfunktion“ tief in die Schule hineinwirken. Durch Beratungsgespräche mit LehrerInnen, durch die Teilnahme an Konferenzen etc., lassen sich häufig kulturell bedingte Erklärungen finden und das Verhalten mancher SchülerInnen und Eltern lässt sich differenzierter beurteilen.

.....
SPD

.....
Bündnis 90/Grüne

.....
CDU

.....
ASH

SPD – Fraktion im Bezirksrat Linden – Limmer

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bezirksrat Linden – Limmer

CDU – Fraktion im Bezirksrat Linden-Limmer

ASH – Fraktion im Bezirksrat Linden-Limmer

Bezirksratsherr Grenner (DIE LINKE.)

Drucks.-Nr. 15-1914/2011

An den

Stadtbezirksrat Linden – Limmer

über die Bezirksbürgermeisterin

über OE 18.62.10

Hannover, 26.09.2011

Gemeinsamer Antrag gem. §10 der GO des Rates der LHH

Sozialpädagoge mit türkischem Migrationshintergrund für die IGS Linden

Die Verwaltung wird gebeten,

aus den von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Sondermitteln für Schulsozialarbeit der IGS-Linden Mittel für die Beschäftigung eines Sozialpädagogen mit türkischem Migrationshintergrund zu übertragen. Damit soll die vorhandene schulische Sozialarbeit besonders für die an der IGS große Gruppe der männlichen Jugendlichen mit türkischem Hintergrund intensiviert werden, wodurch die Chancen auf schulischen Erfolg und soziale Integration dieser Jugendlichen verbessert werden können.

Begründung:

Stellenbeschreibung der IGS-Linden für ihren Antrag an die LHH:

Institutionsbeschreibung:

Die Integrierte Gesamtschule Hannover Linden ist eine Ganztagschule, in der in den Sekundarstufen I und II insgesamt ca. 1400 SchülerInnen von ca. 130 Lehrkräften unterrichtet werden.

Die IGS-Linden ist die größte Schule und neben zweier Gymnasien, die einzige weiterführende Schule im Stadtteil Linden/Limmer..

Als Integrierte Gesamtschule bietet sie den SchülerInnen alle Schulabschlussmöglichkeiten, sie betreut die SchülerInnen als Ganztagschule täglich bis 16.10 Uhr und bietet ihnen ein vielfältiges Angebot an gemeinsamen Lern- und Freizeitaktivitäten.

Die IGS-Linden versteht sich als Stadtteilschule, was bedeutet, dass sich die Population des Stadtteils Linden (der vielfach auch als sozialer Brennpunkt bezeichnet wird) in der Schule widerspiegelt. Der Anteil von SchülerInnen deren Eltern anderen Kulturen oder Ländern entstammen, liegt in der Sekundarstufe 1 bei fünfundvierzig Prozent. Davon entstammt ein Drittel, rund 300 Familien, dem türkischen Kulturkreis.

Wiederum ein Drittel der SchülerInnen in der Sekundarstufe I der IGS-Linden lebt in Familien, die staatliche Transferleistungen beziehen.

Aufgrund dieser Zusammensetzung der Schülerschaft ist insbesondere der Sozialpädagogische Bereich der Schule in vielfältiger Kooperation eng vernetzt mit anderen Institutionen im Stadtteil tätig.

Zielgruppe

Es treten an der IGS-Linden immer wieder Jungengruppen und auch Einzelpersonen in Erscheinung, die nicht nur in der Schule, sondern auch im Stadtteil und deren Jugendeinrichtungen für Unruhe sorgen und deren Verhalten als auffällig bezeichnet werden muss. Diese Jungen entstammen meistens türkischen Familien und es fällt auf, dass sie einerseits unangepasst, laut und regelüberschreitend agieren, andererseits aber ganz ziellos und hilflos den Anforderungen der Schule und ihrer Umwelt gegenüberstehen.

Sie sind die Verlierer der Migration und die Verlierer im deutschen Bildungssystem.

Es vollzieht sich oftmals ein Bruch in ihrer Identitätsbildung, da sie in ihren Elternhäusern als Jungen häufig hofiert und in eine dominierende Rolle hineinerzogen werden. In der Schule halten sie den Anforderungen jedoch vielfach nicht Stand, sie drohen zu scheitern und erleben dies als persönliche Kränkung. Da viele der Jungen aus sog. bildungsfernen Familien stammen, erhalten sie von ihren Eltern nicht die Unterstützung, die sie benötigen. Das Scheitern in der Schule versuchen viele dieser Jungen dann durch auffälliges Verhalten zu kompensieren. Es ist ein Versuch, eine Beschädigung des Selbstwertgefühles abzuwenden. Dabei erfahren sie Zuspruch und Anerkennung in der Peergroup und Gruppenbildungen (oftmals mit Jugendlichen in gleichen Situationen) sind die Folge.

Die Teilhabe an der deutschen Gesellschaft gelingt ihnen nur sehr begrenzt.

Sie werden ausgegrenzt oder grenzen sich durch ihr Verhalten und Auftreten oftmals selbst aus. Diese Jungen sind oft schwer für Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen erreichbar.

Sie sehen für sich kaum eine Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe, sie fühlen sich nicht dazugehörig. Viele sehen sich zunehmend in einer „Opferrolle“, die es ihnen verwehrt, in der hiesigen Gesellschaft anzukommen. Damit einher geht die Besinnung auf die Traditionen der Ursprungsgesellschaft und immer öfter eine Zuwendung hin zu politisch radikalen und religiösen Gruppen.

Die IGS Linden bemüht sich seit einigen Jahren, auch mit finanzieller Unterstützung über den Gewaltpräventionstopf der Landeshauptstadt Hannover und in enger Kooperation mit den Jugendfreizeiteinrichtungen und anderen Lindener Institutionen, in eine intensivere Beziehung zu den Jungen zu treten, ihnen eine ernstzunehmende Gesprächsplattform zu bieten, sie Wert zu schätzen, ihnen Mut zu machen und Alternativen aufzuzeigen.

Arbeitsansatz / Arbeitsschwerpunkte im Rahmen der Schulsozialarbeit

Methode: Einzelberatung

Ein Sozialpädagoge türkischer Herkunft trifft sich mit einzelnen Jungen, die ihm (i.d.R.) über LehrerInnen oder KollegInnen anderer Institutionen vermittelt werden oder die selbstständig den Kontakt mit dem Sozialpädagogen aufnehmen. Über die psychosoziale Beratung hinaus ist ein Ziel der Einzelberatung, sich den Jungen akzeptierend und ressourcenorientiert zuzuwenden. Wenn es angezeigt ist, tritt er in die konkrete Einzelfallhilfe ein, kooperiert mit dem Kommunalen Sozialdienst und anderen Institutionen. Durch gemeinsame Gespräche und Aktivitäten, soll darüber hinaus versucht werden, die Jugendlichen einzubinden und zu aktivieren. Dies kann beispielsweise durch das Hinführen zu Kontakten mit Sportvereinen, Jugendzentren oder anderer Freizeitstätten geschehen, aber auch durch die Vermittlung anderer unterstützender Maßnahmen, z.B. im Bereich der Nachhilfe, berufsorientierende Maßnahmen, Praktika u.s.w.

Es ist wichtig, die Jungen als Personen einerseits anzunehmen, sich gezielt mit ihren Problemen zu befassen und ihnen andererseits ihr Verhalten zu spiegeln.

In einem weiteren Schritt kann es dann um die Vermittlung zwischen den Jungen, ihren Eltern, den LehrerInnen, Jugendfreizeiteinrichtungen und anderen gehen, denen gegenüber sie aufgefallen sind.

Methode: Soziale Gruppenarbeit:

Neben den Einzelkontakten mit einigen Jungen lassen sich auch gezielt kleine Gruppen von mehreren Jungen bilden, die sich während der Schulzeit mit dem Sozialpädagogen treffen. Es ist davon auszugehen, dass die Jungen zunächst eher widerwillig an der Gruppenarbeit teilnehmen. Die Treffen während der Schulzeit begünstigen ein regelmäßiges Mitwirken jedoch, da die Jungen sich während der Schulzeit der Teilnahme nur schwer entziehen können. Die Erfahrungen dieses Arbeitsansatzes zeigen, dass bereits nach wenigen Treffen unter der Leitung eines türkisch stämmigen Sozialpädagogen, die Gruppen eine positive Dynamik entwickeln. Bald wird es ein Privileg zu der Gruppe gehören zu dürfen und die Jungen kommen gerne und freiwillig. Ein Indiz hierfür ist, dass im letzten Jahr einige Jungen den Pädagogen darum baten, sich auch in den Ferien mit ihm treffen zu dürfen. Diese Jungen erfahren im Alltag sehr selten positive Aufmerksamkeit. Hier fühlen sie sich ernst –

und angenommen, sie nehmen Beziehungen auf und entwickeln im besten Fall Alternativen zu ihren bisherigen Verhaltensmustern.

Methode: Elternarbeit

Der Kontakt mit den Eltern der SchülerInnen ist ein wichtiges Anliegen der Schule.

Eine Kooperation zwischen den Erziehungsinstanzen Familie und Schule ist für die zielgerichtete Erziehung eines Kindes und für die, seinen Fähigkeiten und Interessen entsprechende optimale Förderung, unabdingbar. Die Elternarbeit gestaltet sich jedoch immer wieder schwierig. Nicht nur auf den Elternabenden, sondern auch im allgemeinen Schulalltag wird seitens der Schule insbesondere die geringe aktive Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund beklagt. Nur wenige nehmen an den obligatorischen Elternabenden teil. Die Elternarbeit mit Migranteltern wird oftmals durch mangelnde deutsche Sprachkenntnisse der Haupterziehenden, nämlich der Mütter, und durch Missverständnisse im Umgang miteinander, kulturelle Verschiedenheiten und gegenseitige Vorurteile, erschwert.

Wenn Menschen sich kulturell aufgehoben und in ihrer sprachlichen Kompetenz sicher fühlen, sind sie eher bereit sich zu äußern, mitzuwirken und auch Verantwortung zu übernehmen.

Die Brücke zwischen den unterschiedlichen Werten, Erziehungszielen- und Verhalten etc. soll ein türkischstämmiger Sozialpädagoge bilden, der einen Zugang zum hiesigen Wertesystem hat und integriert ist, ohne seine Herkunftskultur aus dem Blick verloren zu haben und der die türkische Sprache beherrscht. Er soll behilflich sein, den Kontakt zu türkischen Eltern herzustellen, die die Schule bislang nicht erreichen konnte. Seine Aufgabe ist die Vermittlung zwischen den Ansprüchen und Zielen der Schule und denen, denen die Eltern sich verschrieben haben.

Durch den Kontakt zu den türkischen Eltern auf der einen und den LehrerInnen auf der anderen Seite, können Erziehungsverhalten und/oder Erziehungsziele beider Seiten offengelegt und wenn möglich angeglichen werden. Letzteres hat zur Folge, dass sich die SchülerInnen nicht ständig zwischen zwei sich widersprechenden Welten bewegen müssen.

Methode: Projektarbeit

An der IGS Linden gibt es immer wieder Projekte, die innovative Arbeit leisten und den Jugendlichen auf vielfältige Weise Unterstützung zukommen lassen.

Das *Lernlotsenprojekt* gibt migrantischen Jugendlichen in den Abschlussjahrgängen konkrete (Nach-) Hilfe in schulischen Inhalten.

Das Projekt *YES, WE CAN* leistet Motivationsarbeit bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, einen guten Schulabschluss, einen interessanten Beruf erreichen zu können und zu wollen, indem ehemalige IGS-SchülerInnen, "die es geschafft haben", als Vorbilder fungieren.

Über diese und andere Projekte, die über die Schulsozialarbeit initiiert und in den Schulalltag eingebunden werden, lassen sich viele Jugendliche erreichen, die über ein offenes Angebot, z.B. auf der Freizeitebene, nicht erreichbar wären.

Die IGS Linden ist im Stadtteil Linden stark verwurzelt und eng vernetzt. Diese Stelle im Rahmen der Schulsozialarbeit soll zur optimalen Nutzung der Ressourcen im Stadtteil Linden und darüber hinaus zu Gunsten der SchülerInnen mit Migrationshintergrund beitragen. Dafür ist ein Kontakt und die Zusammenarbeit mit hiesigen Vereinen, mit Institutionen der Jugendhilfe, mit örtlichen Gremien (Integrationsbeirat, Präventionsrat u.a.) äußerst hilfreich. Durch vielfältige Kontakte und Kooperationen mit umliegenden Firmen, mit Ausbildern und anderen berufsorientierten Anbietern, können insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund besser und gezielter in die Berufswelt eingegliedert werden.

Der türkischstämmige Kollege wird durch seine „Brückenfunktion“ tief in die Schule hineinwirken. Durch Beratungsgespräche mit LehrerInnen, durch die Teilnahme an Konferenzen etc., lassen sich häufig kulturell bedingte Erklärungen finden und das Verhalten mancher SchülerInnen und Eltern lässt sich differenzierter beurteilen.

.....
SPD

.....
Bündnis 90/Grüne

.....
CDU

.....
ASH

Grenner (DIE LINKE.)

SPD – Fraktion im Bezirksrat Linden-Limmer

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bezirksrat Linden-Limmer

CDU – Fraktion im Bezirksrat Linden-Limmer

Drucks.-Nr. 15-1915/2011

An den Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Über die Bezirksbürgermeisterin

Über OE 18.62.10

Hannover, den 27.09.2011

Gemeinsamer Antrag gem. §10 der GO des Rates der LHH

Möblierung des Stadtplatzes Tegtmeyers Hof

Die Verwaltung wird gebeten,

bei der Möblierung des neu gestalteten Stadtplatzes Tegtmeyers Hof die Anregungen des AK Stadtentwicklung Limmer, die auch von der Sanierungskommission Limmer am 26.9.2011 übernommen wurden, zu berücksichtigen.

1. sind zwei Bänke vis-á-vis auf der Rasenfläche zu platzieren.
2. wird die Sitzgruppe mit Tisch und vier Sitzen erhalten.
3. soll die Zahl der Fahrradbügel an den Randbereichen des Platzes reduziert werden.

Begründung:

Mit den von der Verwaltung vorgelegten Planungen für die Möblierung des Platzes werden nicht alle Interessen der verschiedenen Nutzergruppen angemessen berücksichtigt. Dem AK Stadtentwicklung liegt sehr daran, dass dies geschieht: Busfahrgäste erhalten ein Wartehäuschen, ältere Menschen eine Bank an der Tegtmeyerstraße, Radfahrer Fahrradbügel und für kommunikatives Beisammensein gibt es die Tischgruppe und die Bankgruppe. Auf diese Weise werden viele Limmeranerinnen und Limmeraner von den Möglichkeiten des Platzes angesprochen.

.....
SPD

.....
Bündnis 90 / Die Grünen

.....
CDU

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 18.62.10
Trammplatz 2, Rathaus

Hannover, den 26.09.11

30159 Hannover

Antrag

gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung des Stadtbezirkes Linden-Limmer zum Thema:

Verkehrssituation Ecke Brauhofstraße / Badenstedter Straße

Die Verwaltung wird gebeten,

durch Absenken der Fußwegecken und Aufstellen zusätzlicher Fahrradbügel die Verkehrssituation für Fußgänger und Radfahrer an der genannten Ecke zu verbessern.

Begründung:

An der genannten Straßenecke kommt es häufig zu behindernden und die Passanten gefährdenden Situationen.

Einerseits wird der Durchgang auf dem Fußweg durch Fahrräder beengt, die an Verkehrsschildern und Fallrohren angeschlossen werden, weil die aufgestellten Fahrradbügel in der Brauhofstraße zu weit weg und zu wenige sind. Zusätzliche Fahrradbügel in Kreuzungsnähe, vielleicht unter Nutzung der Fläche eines Parkplatzes am Anfang der Brauhofstraße, könnten hier Entlastung bringen.

Andererseits werden die Querungsmöglichkeiten für Mobilitätseingeschränkte mit Rollstuhl, Rollator oder Kinderwagen erschwert durch fehlende Absenkungen der Bordsteine.

Uwe Horstmann
Fraktionsvorsitzender

Bezirksratsherr Winfried Hadasch
Sudersenstr. 8
30451 Hannover
Tel.: 0511/2108096
Email: hadasch-rat@gmx.de



ASH c/o Winfried Hadasch, Sudersenstr. 8, 30451 Hannover
An die Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über OE 10.15.3
Trammplatz 2, Rathaus

Hannover, den 28.09.2011

30159 Hannover

Drucks.-Nr. 15-1917/2011

A n t r a g gem. §10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates Linden- Limmer

Linden-Limmer-Linie

Die Verwaltung wird aufgefordert umgehend zu prüfen, wie eine umsteiglose, durchgehende Verkehrsverbindung des ÖPNV von Limmer-Schleuse, über Lindener Rathaus bis Krankenhaus Siloah Klinikum in Linden-Süd, zeitnah und kostengünstig hergestellt werden kann

Begründung

Immer wieder wird von Mitbürgerinnen und Mitbürgern bemängelt, daß es in unserem Stadtbezirk keine durchlaufende, umsteiglose Querverbindung des ÖPNV zwischen den einzelnen vier Stadtteilen gibt. So ist bereits das Bürgeramt im Rathaus am Lindener Markt für Anwohner aus Limmer und weiten Teilen von Linden-Nord nur mit Umsteigen, Fußmarsch und Warten am Küchengartenplatz zu erreichen. Dieses wird von vielen - besonders älteren und gehbehinderten - Menschen als zu mühsam, umständlich und kundenunfreundlich empfunden, - und so unterbleibt eben so manche eigentlich notwendige Fahrt. Das Gleiche gilt für Besuche im Krankenhaus.

Besserung könnte hier die Einrichtung einer sogenannten Linden-Limmer-Linie (Limmer Schleuse – Limmerstraße – Lindener Markt – Klinikum - u. zurück) bringen. Die würde dann auch den zahlreichen Grundschulkindern dienen, die somit gefahrlos und bequem sowohl aus den nördlichen wie auch den südlichen Stadtteilen ins neue Bildungs- und Lernzentrum am Lindener Markt gelangen könnten. Das würde aller Voraussicht nach auch den noch schwelenden Konflikt um die beabsichtigte Zusammenlegung bzw. Schließung der Stadtbibliothek Limmerstraße erheblich entschärfen.

Als Fahrzeuge für diese Linie kommen umweltfreundliche, geräuscharme Niederflerbusse mit Neigungstechnik, Hubliften und ausfahrbaren Rampen in Betracht, um gleich von Anfang an ein Höchstmaß an Behindertengerechtigkeit und Barrierefreiheit zu bieten. Sollten bei der Einrichtung dieser Linden-Limmer-Querverbindung bereits bestehende Linienstücke integriert werden können, so wäre das auch möglich und zu begrüßen. Das Projekt muß nicht unbedingt völlig neu erfunden werden. Wichtig ist nur, daß auf dieser Route in absehbarer Zeit durchgehender Betrieb ohne Umsteigen stattfinden wird und daß das Ganze zur Verbesserung der Infrastruktur und zum wirklichen Zusammenwachsen der vier einzelnen Stadtteile beitragen wird. Zum Zentrum muß man dabei so einfach und bequem wie möglich hinkommen können. - Sonst wird es kein Zentrum.

Winfried Hadasch
Fraktionsvorsitzender

Resolution des Stadtbezirksrat Linden-Limmer (auf Initiative der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen)



An die
Bezirksbürgermeisterin
des Stadtbezirkes Linden-Limmer, Barbara Knoke

Hannover, 28.09.2011

über Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
Rathaus, Trammplatz 2

Drucks.-Nr. 15-1919/2011

Resolution des Stadtbezirksrates Linden-Limmer gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit für einen toleranten und weltoffenen Stadtteil

**Der Stadtbezirksrat Linden-Limmer empfiehlt den bezirksansässigen Vereinen,
folgenden Passus in die jeweilige Vereinssatzung aufzunehmen:**

„Mit der Mitgliedschaft in diesem Verein sind nicht vereinbar:

- **Äußerungen im Sinne des § 130 StGB (z.B. Holocaustleugnung),**
- **Menschenverachtende Äußerungen, insbesondere solche, die Grundrechte des GG nach den Artikeln 1 bis 19 in Frage stellen,**
- **Äußerungen, die ausländerfeindlich und rassistisch sind oder die das NS-Regime verherrlichen,**
- **Die Benutzung ausländerfeindlicher, rassistischer oder national-sozialistischer Zeichen, Symbole oder Kürzel.“**

Der Stadtbezirksrat fordert die anderen Bezirksräte und den Rat der Landeshauptstadt Hannover auf, vergleichbare Resolutionen zu verabschieden.

Begründung:

Immer wieder kommt es zu rassistischen und ausländerfeindlichen Äußerungen und Handlungen, (wie unlängst das Zeigen der Reichskriegflagge in einem Kleingarten in Limmer) denen aktiv und entschieden entgegen zu treten ist. Mit dem traditionellen Vereinsleben des Stadtteils und den dortigen Aktiven scheinen gute Multiplikationen vorhanden zu sein, dieses Anliegen im Alltag umzusetzen. Eine besondere Möglichkeit sich im Sinne des Grundgesetzes gegen diese Tendenzen auszusprechen ist auch die Niederlegung in den Vereinssatzungen.

.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Interfraktioneller Antrag **Stadtbezirksrat Linden-Limmer**

An die
Bezirksbürgermeisterin
des Stadtbezirkes
Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke

Hannover, 10.10.2011

über OE 18.62.10
Rathaus Hannover

Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates
in die Sitzung des Stadtbezirksrates
am 12.10.2011

Zuwendungen aus den Eigenen Mitteln des Stadtbezirksrates Linden-Limmer

Antrag,

die nachstehenden Zuwendungen zu beschließen:

- Empfänger: Nachbarschaftsinitiative Linden-Nord
- Zuwendungsbetrag: **3.000,00 €**
- Verwendungszweck: Projekt „Filmspot – Rücksichtnahme auf Anwohner und Anwohnerinnen“
(Anlage 1)
- Empfänger: AllerWeltsLaden
- Zuwendungsbetrag: **2.050,00 €**
- Verwendungszweck: Anschaffung Markise und Montage
(Anlage 2)
- Empfänger: TSV Viktoria Linden
- Zuwendungsbetrag: **1.200,00 €**
- Verwendungszweck: Anschaffung Rasenmäher
(Anlage 3)
- Empfänger: Linden Tip-Top e.V.
- Zuwendungsbetrag: **1.475,00 €**
- Verwendungszweck: Projekt „Stadtteilsauberkeit – Hundekotentsorgung“
(Anlage 4)
- Empfänger: Fanfarenzug Alt-Linden v. 1964 e.V.
- Zuwendungsbetrag: **2.500,00 €**
- Verwendungszweck: Anschaffung Musikinstrumente
(Anlage 5)

- Empfänger: Diakonischer Verein Selmastr. 6 e.V.
- Zuwendungsbetrag: **700,00 €**
- Verwendungszweck: Anschaffung Beamer, DVD-Player, Flipchart und Moderationskoffer

(Anlage 6)

- Empfänger: Herr Kersten Flenter
 - Zuwendungsbetrag: **1.420,00 €**
 - Verwendungszweck: Druckkostenzuschuss für das Buchprojekt „Erklärt Stroganow“
- (Anlage 7)

Initiative Bezirksrat

- Empfänger: Miteinander für ein schöneres Viertel e.V.
- Zuwendungsbetrag: **800,00 €**
- Verwendungszweck: Projekt Pico Bello / Anschaffung weiterer Dog-Stations und Hundekottüten

(Anlage 8)

Interfraktioneller Antrag

Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Anlage 1 zur Drs.-Nr. 15-1949/2011

An die
Bezirksbürgermeisterin
des Stadtbezirkes
Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
Rathaus, Trammplatz 2

Hannover, 10.10.2011

Interfraktioneller Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates am 12.10.2011

**Eigene Mittel des Stadtbezirksrates Linden-Limmer 2011;
hier: Antrag Nr. 2011-33-STBR 10**

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Stadtbezirksrat bewilligt aus seinen Haushaltsmitteln die nachfolgende Zuwendung:

Empfänger: Nachbarschaftsinitiative Linden-Nord

Zuwendungsbetrag: 3.000,00 €

Verwendungszweck: Projekt „Filmspot – Rücksichtnahme auf Anwohner und Anwohnerinnen“

Begründung:

Der Zuwendungsempfänger hat mit Schreiben vom 25.08.2011 einen Antrag an den Stadtbezirksrat gerichtet. Die Mittel stehen dem Stadtbezirksrat im Haushalt 2011 unter der Finanzposition 78180000 bzw. 73180000 zur freien Verfügung.

.....
SPD

.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
CDU

.....
DIE LINKE.

.....
FDP

.....
ASH

Interfraktioneller Antrag

Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Anlage 2 zur Drs.-Nr. 15-1949/2011

An die
Bezirksbürgermeisterin
des Stadtbezirkes
Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
Rathaus, Trammplatz 2

Hannover, 10.10.2011

Interfraktioneller Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates am 12.10.2011

**Eigene Mittel des Stadtbezirksrates Linden-Limmer 2011;
hier: Antrag Nr. 2011-34-STBR 10**

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Stadtbezirksrat bewilligt aus seinen Haushaltsmitteln die nachfolgende Zuwendung:

Empfänger: AllerWeltsLaden

Zuwendungsbetrag: 2.050,00 €

Verwendungszweck: Anschaffung Markise und Montage

Begründung:

Der Zuwendungsempfänger hat mit Schreiben vom 22.08.2011 einen Antrag an den Stadtbezirksrat gerichtet. Die Mittel stehen dem Stadtbezirksrat im Haushalt 2011 unter der Finanzposition 78180000 bzw. 73180000 zur freien Verfügung.

.....
SPD

.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
CDU

.....
DIE LINKE.

.....
FDP

.....
ASH

Interfraktioneller Antrag

Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Anlage 3 zur Drs.-Nr. 15-1949/2011

An die
Bezirksbürgermeisterin
des Stadtbezirkes
Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
Rathaus, Trammplatz 2

Hannover, 10.10.2011

Interfraktioneller Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates am 12.10.2011

**Eigene Mittel des Stadtbezirksrates Linden-Limmer 2011;
hier: Antrag Nr. 2011-35-STBR 10**

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Stadtbezirksrat bewilligt aus seinen Haushaltsmitteln die nachfolgende Zuwendung:

Empfänger: TSV Victoria Linden

Zuwendungsbetrag: 1.200,00 €

Verwendungszweck: Anschaffung Rasenmäher

Begründung:

Der Zuwendungsempfänger hat mit Schreiben vom 01.09.2011 einen Antrag an den Stadtbezirksrat gerichtet. Die Mittel stehen dem Stadtbezirksrat im Haushalt 2011 unter der Finanzposition 78180000 bzw. 73180000 zur freien Verfügung.

.....
SPD

.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
CDU

.....
DIE LINKE.

.....
FDP

.....
ASH

Interfraktioneller Antrag

Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Anlage 4 zur Drs.-Nr. 15-1949/2011

An die
Bezirksbürgermeisterin
des Stadtbezirkes
Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
Rathaus, Trammplatz 2

Hannover, 10.10.2011

Interfraktioneller Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates am 12.10.2011

**Eigene Mittel des Stadtbezirksrates Linden-Limmer 2011;
hier: Antrag Nr. 2011-36-STBR 10**

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Stadtbezirksrat bewilligt aus seinen Haushaltsmitteln die nachfolgende Zuwendung:

Empfänger: Linden Tip-Top e.V.

Zuwendungsbetrag: 1.475,00 €

Verwendungszweck: Projekt „Stadtteilsauberkeit – Hundekotentsorgung“

Begründung:

Der Zuwendungsempfänger hat mit Schreiben vom 28.09.2011 einen Antrag an den Stadtbezirksrat gerichtet. Die Mittel stehen dem Stadtbezirksrat im Haushalt 2011 unter der Finanzposition 78180000 bzw. 73180000 zur freien Verfügung.

.....
SPD

.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
CDU

.....
DIE LINKE.

.....
FDP

.....
ASH

Interfraktioneller Antrag

Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Anlage 5 zur Drs.-Nr. 15-1949/2011

An die
Bezirksbürgermeisterin
des Stadtbezirkes
Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
Rathaus, Trammplatz 2

Hannover, 10.10.2011

Interfraktioneller Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates am 12.10.2011

**Eigene Mittel des Stadtbezirksrates Linden-Limmer 2011;
hier: Antrag Nr. 2011-37-STBR 10**

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Stadtbezirksrat bewilligt aus seinen Haushaltsmitteln die nachfolgende Zuwendung:

Empfänger: Fanfarenzug Alt-Linden v. 1964 e.V.

Zuwendungsbetrag: 2.500,00 €

Verwendungszweck: Anschaffung Musikinstrumente

Begründung:

Der Zuwendungsempfänger hat mit Schreiben vom 26.09.2011 einen Antrag an den Stadtbezirksrat gerichtet. Die Mittel stehen dem Stadtbezirksrat im Haushalt 2011 unter der Finanzposition 78180000 bzw. 73180000 zur freien Verfügung.

.....
SPD

.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
CDU

.....
DIE LINKE.

.....
FDP

.....
ASH

Interfraktioneller Antrag

Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Anlage 6 zur Drs.-Nr. 15-1949/2011

An die
Bezirksbürgermeisterin
des Stadtbezirkes
Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
Rathaus, Trammplatz 2

Hannover, 10.10.2011

Interfraktioneller Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates am 12.10.2011

**Eigene Mittel des Stadtbezirksrates Linden-Limmer 2011;
hier: Antrag Nr. 2011-38-STBR 10**

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Stadtbezirksrat bewilligt aus seinen Haushaltsmitteln die nachfolgende Zuwendung:

Empfänger: Diakonischer Verein Selmastr. 6 e.V.

Zuwendungsbetrag: 700,00 €

Verwendungszweck: Anschaffung Beamer, DVD-Player, Flipchart und Moderationskoffer

Begründung:

Der Zuwendungsempfänger hat mit Schreiben vom 04.10.2011 einen Antrag an den Stadtbezirksrat gerichtet. Die Mittel stehen dem Stadtbezirksrat im Haushalt 2011 unter der Finanzposition 78180000 bzw. 73180000 zur freien Verfügung.

.....
SPD

.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
CDU

.....
DIE LINKE.

.....
FDP

.....
ASH

Interfraktioneller Antrag

Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Anlage 7 zur Drs.-Nr. 15-1949/2011

An die
Bezirksbürgermeisterin
des Stadtbezirkes
Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
Rathaus, Trammplatz 2

Hannover, 12.10.2011

Interfraktioneller Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates am 10.10.2011

**Eigene Mittel des Stadtbezirksrates Linden-Limmer 2011;
hier: Antrag Nr. 2011-39-STBR 10**

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Stadtbezirksrat bewilligt aus seinen Haushaltsmitteln die nachfolgende Zuwendung:

Empfänger: Herr Kersten Flenter

Zuwendungsbetrag: 1.420,00 €

Verwendungszweck: Druckkostenzuschuss für das Buchprojekt „Erklärt Stroganow“

Begründung:

Der Zuwendungsempfänger hat mit Schreiben vom 08.10.2011 einen Antrag an den Stadtbezirksrat gerichtet. Die Mittel stehen dem Stadtbezirksrat im Haushalt 2011 unter der Finanzposition 78180000 bzw. 73180000 zur freien Verfügung.

.....
SPD

.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
CDU

.....
DIE LINKE.

.....
FDP

.....
ASH

Interfraktioneller Antrag

Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Anlage 8 zur Drs.-Nr. 15-1949/2011

An die
Bezirksbürgermeisterin
des Stadtbezirkes
Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
Rathaus, Trammplatz 2

Hannover, 10.10.2011

Interfraktioneller Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates am 12.10.2011

Eigene Mittel des Stadtbezirksrates Linden-Limmer 2011; Initiative Bezirksrat / Nr. 2011-40-STBR10

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Stadtbezirksrat bewilligt aus seinen Haushaltsmitteln die nachfolgende Zuwendung:

Empfänger: Miteinander für ein schöneres Viertel e.V.

Zuwendungsbetrag: 800,00 €

Verwendungszweck: Projekt Pico Bello / Anschaffung weiterer Dog-Stations und Hundekottüten

Begründung:

Die Mittel stehen dem Stadtbezirksrat im Haushalt 2011 unter der Finanzposition 78180000 bzw. 73180000 zur freien Verfügung.

.....
SPD

.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....
CDU

.....
DIE LINKE.

.....
FDP

.....
ASH

An die
Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Linden-Limmer
Frau Barbara Knoke
über Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
OE 18.62.10
Tramplatz 2, Rathaus

Hannover, den 26.09.11

30159 Hannover

Anfrage

gemäß § 14 der Geschäftsordnung des Rates in die nächste Sitzung des Stadtbezirkes Linden-Limmer zum Thema:

Schulischer Schwimmunterricht in städtischen Bädern

Der von Schulen durchgeführte Schwimmunterricht findet für die Schulen im Stadtbezirk Linden-Limmer überwiegend im Stadionbad und im Fössebad statt. Die Konkurrenz mit anderen Nutzungen führt in den Bädern zu Engpässen und Ausfällen beim Schulschwimmen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wieviel Schwimmunterricht muss nach den geltenden Stundentafeln in den Schulen unseres Stadtbezirks erteilt werden?
2. Wieviel Schwimmunterricht wird in den beiden genannten Bädern von den Schulen unseres Stadtbezirks erteilt?
3. Welche Unterstützungsmöglichkeiten hat die Verwaltung, wenn Schulen einen Mehrbedarf anmelden, der nicht im Fössebad oder Stadionbad abgedeckt werden kann?

Uwe Horstmann
Fraktionsvorsitzender

Mobile Gärten müssen umziehen

Die Initiative „Transition Town“ darf nicht mehr auf dem Gelände der Wasserstadt **LIMMER** bleiben.

VON MARCEL SCHWARZENBERGER

Die Initiative „Transition Town Hannover“ (TTH) muss mit ihrem offenen Bürgergarten den Conti-Parkplatz in Limmer verlassen. Der Eigentümer, die Günter Papenburg AG, hat der Initiative gekündigt. „Das Projekt ist ja von uns geduldet gewesen und sollte in kleinem Rahmen laufen“, sagte Firmenchef Günter Papenburg dem Stadt-Anzeiger. Die TTH indes will das Projekt „Küchengarten Limmer“ erweitern, um neue Pflanztechniken auszuprobieren und weitere Mitstreiter zu gewinnen. Einen neuen Platz dafür hat die Initiative bereits gefunden: Sie zieht mit den mobilen Gärten auf ein wenige Meter entferntes Grundstück der Hannover Region Grundstücksgesellschaft (HRG) um.

„Wir brauchen den Parkplatz für unser Unternehmen“, sagte Papenburg, wollte

aber kein konkretes Bauprojekt nennen. Der Parkplatz des einstigen Conti-Werks gehört zu der Industriebrache, auf der in vier Bauabschnitten Wohnhäuser errichtet werden sollen. Noch läuft die Planung für das erste Baugebiet im Osten des Geländes. Bis der Parkplatz bebaut wird, können noch etliche Jahre vergehen. Deshalb hatte Papenburg der Initiative zunächst einen gewissen Spielraum eingeräumt.

Die TTH war 2010 von Menschen gegründet worden, die sich auf eine Zukunft ohne Erdöl einstellen. Freiwillige rissen damals auf dem Parkplatz den Asphalt auf, um zu zeigen, wie viel Energie in einem Barrel Öl steckt. Daraus entwickelte sich die Idee, einen Bürgergarten anzulegen. Rund 40 Helfer kümmern sich seither um den Küchengarten. Wegen möglicher Altlasten im Boden setzte die Gruppe sämtliche Pflanzen in mit Erde gefüllte Jutesäcke und stellte



Am Sonabend werden die Pflanzen zum Gelände der HRG transportiert.

sie auf Dutzende Paletten. Womöglich seien die Erweiterungspläne der Grund für die Kündigung, sagt TTH-Sprecher Thomas Köhler.

Von November an sollen 15 sogenannte Bürgerarbeiter, die über das Jobcenter der Region vermittelt werden, das Projekt unterstützen. In Limmer sollen sie ihre Aufgaben lernen und später in kleinen Teams weitere Bürgergärten in anderen Stadtteilen betreuen. „Wir wollen Landwirtschaft mitten in der Stadt ausprobieren“, sagt Köhler. Dafür sollen Ortsgruppen gebildet

und Standorte gesucht werden. Basis sollen über längere Zeit die Küchengärten in Limmer bleiben.

Die HRG will die Initiative dort gärtnern lassen, solange sie diese noch nicht braucht, wie HRG-Geschäftsführer Thomas Heinemann sagt. Das Unternehmen will dort in ein oder zwei Jahren einen Supermarkt bauen. Am Sonabend, 10. September, zieht der Bürgergarten zunächst einmal um. Freiwillige können ab 10 Uhr mithelfen. Am Sonntag wird der neue Standort mit einer Feier ab 17 Uhr offiziell eröffnet.

**Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer**



GRÜNE im Bezirksrat, R. Grube, Röttgerstr. 14, 30451 Hannover

An den
Stadtbezirksrat Linden/Limmer
& in die nächste Kommission Sanierung Limmer am 28.09.09

- über die Bezirksbürgermeisterin und
über den Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten OE 18.62.10 -
Trammplatz 2, Rathaus

30159 Hannover

Rainer - Jörg Grube
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
Röttgerstr. 14
30451 Hannover
Telefon p: 45 47 83
Telefon d: 458 35 74
www.gruene-hannover.de

27. September 2011

Drucks.-Nr. 15-1918/2011 mit 1 Anlage

Anfrage zur nächsten Sitzung des Bezirksrates:

Neue Planungen der Wasserstadt Limmer auf dem Conti Parkplatz?

In der HAZ (Stadtanzeiger West / siehe Anhang) wurde unlängst darüber berichtet das der ehemalige Parkplatz der Conti Limmer zukünftig von der Fa. Papenburg benötigt wird („Wir brauchen den Parkplatz für unser Unternehmen.“). Dafür mussten die KüGäLi umziehen. Diese Nutzung & Planungen auf diesem Geländeteil widersprechen aber allen bisherigen Planungen (z. B. Schleuse Limmer) und würden ggf. Fakten schaffen, die möglicherweise kostensteigernd sind.

Wir fragen dazu die Verwaltung:

- 1. Sind der Verwaltung der LHH (diese) Neuigkeiten bekannt und welche Planungen/Nutzungen sind vorgesehen?**
- 2. Warum wurde erneut versäumt die zuständigen Gremien (Stadtbezirksrat & Kommission Sanierung Limmer) ausreichend zu informieren?**
- 3. Ist sichergestellt das Nutzungen die dort nun vorgesehen werden, nicht bei der Umsetzung der Schleusenplanung zu neuen Kosten führen? (Verlagerung o. ä.) .**

Rainer – Jörg Grube